

# Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Poststraße 11, durch die Zweigstellen, Algenrothstraße 10, Poststraße 14b, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** In 10 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Einmalige 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 5 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Arbeitslosigkeit und Preisbildung

### Ohne starke Preisentfaltungen kein Ende der Krise! Rückgang der Arbeitslosigkeit nur 1,3% trotz Hochsaison!

Im „Berliner Tageblatt“ hat in diesen Tagen eine recht bemerkenswerte Diskussion über das Arbeitslosenproblem stattgefunden. Der aus dem Stinneskongern stammende Generaldirektor Minoux bekam dort das Wort, um eine vollständige Abwägung der Krisenlast auf die Arbeiterschaft zu predigen und den mit seiner falschen Jost- und Preispolitik doch nicht ohne Schuld in die jetzigen Schwierigkeiten hineingeratenen deutschen Unternehmer als „Märtyrer“ unserer Zeit hinzustellen. Ihm antwortet in einer sehr viel gründlicheren Darlegung der bekannte demokratische Nationalökonom Prof. Bonn, der u. a. schreibt:

„Eine Krise ist eine sinnlose Krise, wenn sie nicht den Ausgleich, das heißt die Anpassung der Produktion an den Konsum, herbeiführt... Da man die Heilung von der Seite des Konsums durch künstliche Ausdehnung nicht beginnen kann, so muß sie durch Produktionsverbilligung erfolgen. Diese Produktionsverbilligung ist der Sinn jeder Krise: die Preise müssen sinken, damit nur die besten Werte bei den gesunkenen Preisen weiterproduzieren können. Diese dehnen sich dann unter Umständen sogar aus, während die schlechteren ausgemerzt werden. Auf dem gesunkenen Preisniveau wächst dann bei gleichem Einkommen der Konsum der betreffenden Ware wieder an. Es wächst aber auch der Konsum anderer Waren, da durch die Verbilligung ein Einkommensteil frei geworden ist. Eine Krise, die keinen Preisfall bringt, und zwar einen erheblichen Preisfall, ist eine sinnlose Krise. Sie wird je unplanbarer, je länger sie dauert. Sie ist dadurch nicht zu lösen, daß mehr produziert wird. Sie ist nur zu überwinden, wenn billiger produziert wird und mehr konsumiert wird.“

Nun geht die ganze deutsche Wirtschaftspolitik darauf aus, in Lebensmitteln und Grundstoffen eine Preisentfaltung nicht zuzulassen. Kohle, Eisen, Getreide, Fleisch — alle im Budget der Volkswirtschaft wirklich erheblichen Dinge sollen nicht verbilligt werden, sondern bestenfalls in der gleichen Preisstufe gehalten werden. Solange das der Fall ist, ist eine Überwindung der Krise nicht möglich. Es werden natürlich immer wieder Ereignisse eintreten wie der englische Kohlenstreik, die einer kurzfristigen Politik einen neuen Spielraum geben. Wer aber glaubt, daß man damit die Krise überwinden kann, der täuscht sich. Zu ihrer Überwindung muß jede künstliche Verweigerung von Lebensmitteln, Rohstoffen und Grundstoffen aufhören, da nur so ein wirklicher Preisfall eintreten kann. Kein technischer Fortschritt in einer geschäftlichen, beziehentlich faktischen Industrie erniedrigen nur die Kosten, aber nicht die Preise.

Man muß sich klar darüber sein, daß man die Arbeitslosigkeit mit Krediten, Kostensenkungen usw. nicht überwinden wird, da alle diese Maßnahmen keine neuen letzten Konsumenten schaffen. Nur fallende Preise als Ergebnisse steigender Ertragskraft der Arbeit können sie beseitigen. Es ist in hohem Maße zweifelhaft, ob in Deutschland diese Politik gemacht werden kann. Weber die Krise, die die deutsche Wirtschaft beherrscht, noch die Regierungen werden dazu zu bringen sein Wirtschaftspolitik als Ganzes zu betreiben. Man wird Konventionen und

Kartelle auf Hühneraugenpflaster und Abziehbilder mit der größten Energie bekämpfen, — den Felsen Beckl, auf den der deutsche Monopolismus fest gebaut ist, wird man vorsichtig umgehen.

Wenn das aber so ist, dann ergibt sich für die Behandlung der Arbeitslosigkeit eine praktische Konsequenz: Eine kapitalistische Wirtschaft, die immer von neuem Arbeitslosigkeit verursacht, weil sie durch Verbilligung des Produktionsprozesses vorübergehend Verbilligungen herbeiführt, ist verpflichtet, die Kosten der Arbeitslosigkeit als Ganzes zu tragen, weil sie als Ganzes von diesem Verbilligungsprozess Nutzen hat. In Industrien dagegen, bei denen die Arbeitslosigkeit sich nicht in verbilligten Preisen für die Allgemeinheit auswirkt, die sie nicht durch Ermäßigung der Preise, sondern nur durch Erniedrigung der Kosten, also Erhöhung der Gewinne, bekämpft, liegt der Fall anders. Hier müssen Wege gefunden werden, die den kartellierten Industrien die Kosten der Arbeitslosenentschädigung ihrer Arbeiter aufbürdet. Technische und wirtschaftliche Fortschritte, an denen die Allgemeinheit infolge hochgehaltener Preise nur in geringem Maße Anteil hat, dürfen nicht die Ursache für zusätzliche Belastung der Allgemeinheit sein.“

Diese Betrachtungen gehen von einem Gesichtspunkt aus, der der planlosen Wellenbewegung der kapitalistischen Wirtschaft einen vernünftigen Sinn geben will. Wir fürchten, kluge bürgerliche Politiker wie Bonn werden mit solchen Gedanken in Deutschland am wenigsten durchdringen, — woraus sich ergibt, daß hier das heutige kapitalistische System vielleicht doch mit zuerst jeden volkswirtschaftlichen Sinn verlieren könnte.

Amlich wird mitgeteilt: Die Zahl der männlichen Unterstützungsempfänger, die am 1. Juli 1408 000 betrug, ist am 15. Juli auf 1383 000 zurückgegangen. Die Zahl der weiblichen Unterstützungsempfänger ist dagegen auch in der Zeit vom 1. bis zum 15. Juli leicht gestiegen, und zwar von 332 600 auf 335 200. Insgesamt ist die Zahl der Erwerbslosen von 1 741 000 auf 1 718 000 gleich 1,3 vom Hundert zurückgegangen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist von 1 728 000 auf 1 708 000 gesunken.

Da die Enttarbeiteten wieder eingeseht haben und im Bau- und Gastwirts-gewerbe, vor allem in den Sommer-gastwirtschäften, ferner in der Textil- und Metallindustrie eine gewisse Belebung eingeseht hat, war ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Regierung rechnet damit, daß infolge der neuen Kostensenkungsmaßnahmen die Arbeitslosen-ziffern für die zweite Jahreshälfte noch weiter zurückgehen werden. Daß davon keine durchgreifende Hilfe zu erwarten ist, zeigen die obigen Ausführungen von Professor Bonn.

## Der Potemkin-Film wieder freigegeben.

Der abgeänderte und an einigen Stellen verkürzte Potemkin-Film lag am Mittwoch auf Antrag der Filmgesellschaft „Prometheus“ nochmals der Filmprüfstelle in Berlin vor. Die Prüfstelle entschied sich mit 4 gegen 1 Stimme für die sofortige Freigabe des Films, und zwar für Erwachsene und Jugendliche.

Der Potemkin-Film kann also wieder im ganzen Reich vorgeführt werden, doch ist die Gefahr eines neuen Verbots nicht ausgeschlossen. Die Hehe der Rechtspreffe gegen den neuesten Spruch hat bereits eingeseht. Die beste Abwehr dagegen ist und bleibt: Ruhe und Ordnung bei der Vorführung des Films.

## Veränderungen in der deutschen Diplomatie.

Die Umbesetzung einer Reihe von Posten im deutschen diplomatischen Dienst, die schon vor längerer Zeit angekündigt wurde, ist nunmehr abgeschlossen. Der Leiter der Kulturbteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Heilbron, geht als Generalkonsul nach Zürich. Der bisherige Gesandte in Bukarest Freitag, wird Leiter der Kulturbteilung. Der deutsche Gesandte in Kopenhagen, v. Mutius, geht nach Bukarest, der bisherige Generalkonsul in Barcelona, v. Hassel, der Schwieger-sohn von Tripitz, wird Gesandter in Kopenhagen. Der Gesandte in Rom, Schrötter, bezieht den Posten des Generalkonsuls in Barcelona und Legationsrat Morath (zuletzt im Auswärtigen Amt) geht als Gesandter nach Rom.

Die deutsche Diplomatie ergänzt sich nach einer schwachen Auffrischung in den ersten Jahren nach der Revolution jetzt also ganz wieder aus der bürokratischen Laufbahn. Auf diese Weise wird die „Entpolitisierung“ auch dieser am meisten

politischen Posten, nach dem edlen Muster anderer Reichsdienst-zweige, weitere Fortschritte machen: an Stelle von Leuten, die politische Machtkämpfe aus eigener Erfahrung kennen, treten Bürokraten, die nur Anweisungen von oben gewohnt sind und denn so „wuschgemäß“ berichten, wie das in der Flaggengage bereits geschehen ist.

## Die litauisch-polnische Spannung.

Rowno, 28. Juli. (Drahtbericht). Das Organ der litauischen Sozialdemokratie tritt mit einem Leitartikel hervor, in welchem es die Frage aufwirft, ob Litauen überhaupt eine Armee brauche und diese Frage dann glatt verneint. Die 7 Divisionen, die das litauische Heer ausmachen, könnten einem mächtigen Nachbarstaat wie Polen mit seinen 30 Divisionen gar keinen ernstlichen Widerstand leisten.

Dieser Vorstoß des sozialdemokratischen Blattes, welches die Umwandlung des Heeres in eine Miliz vorschlägt, hat starke Aufregung hervorgerufen. Die offizielle „Litwa“ nimmt das Wort, um für die Erhaltung des Heeres, wie es ist, einzutreten: wenn Litauen 1919 sich keine Armee geschaffen hätte, würde es heute nicht als selbständiger Staat bestehen und die litauischen Regimenter hätten schon bewiesen, daß sie polnische Divisionen abzuwehren vermögen. (Wobei Litauen aber der Spielball größerer Mächte werde, ohne die es sich nie behauptet hätte. Red.)

Warschau, 28. Juli. (Drahtbericht). Korfanis, der jetzigen Regierung feindliche „Roczopisnia“ veröffentlichte gestern die sensationelle Meldung, daß 20 000 Mitglieder der litauischen Kampfgesellschaft mobilisiert und mit Artillerie und Kavallerie an der litauischen Grenze zusammengezogen seien. Diese Nummer des Blattes wurde konfisziert und heute prästiert das „Litwa“-Blatt „Poliska Abrajna“ in bestigter Form gegen die Verbreitung dergleicher Meldungen: die als staatsverräterische Aktion scharf geahndet werden müsse.

## Die Gärung im Elsaß.

Von Hermann Wendel.

Die folgenden Ausführungen des selbst aus dem Elsaß gebürtigen ausgezeichneten Historikers und Politikers erscheinen uns besonders wertvoll, weil deutsch-nationale Blätter — wie z. B. die heutige „Schlesische Zeitung“ — die peinlichen Tatsachen, die zur Abwendung der Elsaßler von Deutschland führten, am liebsten einfach abtuegen und ihre Feststellung als Verfall denunzierten. Nun, das wilhelminische Deutschland verriet sich selbst. Gerade der Verfasser dieses Aufsatzes hat — er mit seiner offenen Kritik, solange es noch Zeit war, mehr für ein freies Deutschland im Elsaß geworben, als diejenigen, die die Elsaßler aus Deutschland herausgeriert haben. Er hat infolgedessen ein besseres Recht zur Kritik auch der heutigen französischen Politik, von dem er, wie unsere Leser sehen, guten, sachlichen Gebrauch macht. Red.

Im November 1918 zogen mit dem klingenden Spiel der Marcellaise Marchall Jochs Regimenter in Elsaß und Lothringen ein. Da die preußischen Soldaten mit den roten Generalstrecken an der Höhe, denen das Reichsland seit dem ersten Mobilmachungstage widerstandslos ausgeliefert war, in vier bösen, bösen Jahren aus Elsaßern und Lothringern das letzte Restchen Anhänglichkeit ans Deutschland herausgepeinigt hatten, wurde die Tricolore mit einem Jubel begrüßt, wie er gleich aufrichtig und überschwänglich selten in der Geschichte aus Menschenherzen aufgestiegen ist. Aber daß es eine wochenlange Parade- und Bankettstimmung war, in der sich Franzosen und Elsaßer zum erstenmal seit 48 Jahren wieder von Angesicht zu Angesicht erblickten, wurde eine der Hauptquellen des Mißbehagens in den folgenden Jahren. Da jeder den anderen in der bengalischen Beleuchtung des Festtags verflucht sah, rieb er sich verblüfft die Augen, als im nüchternen Licht des Alltags die Sache etwas anders aussah.

Der Durchschnitts-Franzose hatte aus der Schule ins Leben den Begriff mitbekommen, daß Elsaß und Lothringen eben die 1871 geraubten Provinzen seien. Nie hatte er erfahren oder sich den Kopf darüber zerbrochen, daß sie von einer nach Stamm und Sprache vorwiegend deutschen Bevölkerung bewohnt waren, und wählte, daß sich ihre Rückkehr zum „mère-patrie“, zum „Mutterland“, ebenso glatt und einfach vollziehen werde, wie die Wiederangliederung der 1914 bis 1918 vom Feind besetzten Departements. Aber siehe da! Was sich Offizier und Beamter in Straßburg, Mülhausen, Colmar und sonstwo umtat, umschwirrte sie fast überall eine unverständliche deutsche Mundart, und manchem blau-weiß-roten Patrioten entrang sich der entsetzte Stoßseufzer: „Aber das sind ja richtige Boches!“ Umgekehrt strahlte im Herzen des Elsaßers der Verdruß von der graziosen und eleganten Marianne, die in jeder Gebärde von der plumpen und schwerfälligen Germania abstach, und nicht minder glaubte er steif und fest an die Mär, daß Frankreich den Krieg nur für die ewigen und heiligen Menschenrechte gegen den barbarischen preußischen Militarismus geführt habe. Jetzt waren die Befreier liebhaftig da, Weißbrot und Rotwein in Wälen mit ihnen — hereinspaziert ins Paradies!

Auch hier blieb die Enttäuschung nicht aus, und bald schüttelten selbst Elsaßer, denen das erste Geschmetter der französischen Clairons Freudenstränen entlockt hatte, schmerzhaft den Kopf über den staunenerregenden Mangel an je eifriger Feinfühligkeit bei den Machthabern der dritten Republik. Den einrückenden Truppen auf dem Fuße folgten Bürokraten aller Rangklassen aus dem Innern Frankreichs, die, obwohl des Landes, seiner Sprache und Sitte zumeist unfundig, auf die besten Posten den Elsaßern und Lothringern vor die Nase gesetzt wurden; sämtliche Sous-Préfets (Landräte) des Mosel-Departements etwa sind, mit einer Ausnahme, Innerfranzosen, und ähnlich bei den anderen Behörden. Erregte schon das die Erbitterung der Einheimischen, so drängte sich ihnen auch bald ein nahe-liegender Vergleich auf. Unter Deutschland wurden sie schlecht regiert, denn es war ein herzloser Obrigkeitstaat, aber gut verwaltet, denn das Mechanische, der deutsche Beamtenapparat, lief glatt in seinen Schienen; in Frankreich werden sie lieblich regiert, denn es ist immerhin ein Land mit glorreicher revolutionärer Ueberlieferung, aber miserabel verwaltet, denn „Monsieur le Bureau“, die französische Bürokratie, ist aktmüßiger und schwerfälliger als die deutsche, ohne so viel zu leisten. Da nun der kleine Mann im Alltag weit mehr die Verwaltung als die Regierung zu spüren bekommt, sprudelte hier alsbald eine wahre Fontäne des Mißvergnügens.

Die gute Laune des Elsaßers bröckelte weiter ab, als Frankreich sofort nach dem bismarckischen Muster von 1871 mit einem Federstich ohne Schonung und Uebergang französisch in Verwaltung, Rechtspflege und Schule einführte. Mühte diese Maßregel bei einer zu mehr als vier Fünfteln deutschsprechenden Bevölkerung tausend Mißbilligsten hervorzurufen, so gedieh der vielberufene „malais alsacien“, das „elssässische Mißbehagen“, doch erst zur Blüte, als im Mai 1924 der Wahltag der Linken in Frankreich Herrriot ans Ruder und damit die Verpflanzung der französischen Kirchen-gesehe und Laienschule ins Elsaß aufs Tapet brachte. Land-auf, landab läutete die Klage Sturm, und die bedrohten Schäferlein scharten sich in ihrem Verdr. Stärker aber als alles andere wirkte sich die schlechte Wirtschaftslage aus.

Manche Gewerbezweige, wie der Weinbau, sind durch den Rückfall beider Provinzen an Frankreich auf den Ausfuhrmarkt gelangt; da ihre Weinproduktion, 350 000 Hektoliter im Jahre 1925, neben der 82 Millionen Hektoliter betragenden Ernte Frankreichs nichts bedeutet, und der schwerere und billigere Rebensaft des Midi die elässischen und lothringischen Gewächse erschlägt, ist seit 1910 die Anbaufläche von 29 178 auf 10 650 Hektar zusammengeschrunken, und in absehbarer Zeit wird es mit dem Winter zu Ende sein. Da die ökonomische Umstellung trotz der durch den Friedensvertrag bedingten fünfjährigen zollfreien Einfuhr elässischer Erzeugnisse nach Deutschland allzu langsam vor sich geht, so ist in anderen Gliedern des Wirtschaftskörpers, und wenn in den Augen, da die Markt in Atom zerplatzte im deutschen Rheinland die Separationsgelder bestritten, so werden Frankreich und Varenterung im Eläss ähnliche Gefühle.

Nach dem Jahr und Tag dieser Bind des Unbehagens keine politische Segel schwellen, so begann im Mai 1925 die „Zukunft“ in Javern die Lösung der Unionomie auszugeben, und am Pfingstmontag 1926 tat sich eine Anzahl Notabler gegen die „Assimilationsfanatiker“ zum „Heimatsbund“ zusammen, um als „nationale Minderheit“ die vollständige Autonomie im Rahmen Frankreichs zu heischen; daß Deutsch in den Schulen wieder Grundlage des Unterrichts werde ist ihre Hauptforderung, und ihr Schlagwort heißt: Eläss den Elässen! Soweit sich unter den Zeländern des Aufstufes Beamte, Staatsangestellte, Notare und Dorfbürgermeister befanden, ging die Regierung, der jeder Angriff auf den seit der großen Revolution geheiligten Zentralismus nach Hochverrat rief, mit schabigen „Sanktionen“ gegen sie vor, aber daß hinter der Bewegung kein einheitlicher Wille steht, ergibt sich aus den Wässern, die die autonomistischen Mühlen drehen. Für den Autonomiegedanken, der ja in der deutschen Zeit in den Boden des Eläss starke Wurzeln trieb, finden sich als seltsame Schlafgefährten Kommunisten und Klerikale zusammen. Da neben England Frankreich der große Gegenspieler Sowjet-Rußlands in der Weltpolitik ist, legen es die elässischen Jünger Moskaus auf Befehl von oben mit ihrer Forderung eines Plebiszits und der Lösung von Frankreich nur darauf an, den verhassten Pariser Gewaltthätern Knipfel zwischen die Beine zu schleudern. Die Klerikalen dagegen, deren elässische Organisation, die Volkspartei, sich über diese Frage seit spalten, wollen die Autonomie über ähnliches einen Damm gegen Kirchentrennung und Laienschule aufwerfen; ihr Schlagwort: „Gegen die Zwangsjacke des zentralistischen Jakobinismus“ sagt genug. An anderen Ende des Strahs zieht die bürgerliche proletarische Demokratie. Namentlich die Sozialdemokratische Partei befürchtet, daß ein autonomes Eläss wieder zum Streitgegenstand zwischen Deutschland und Frankreich werden könne, lehnt auch aus inneren Gründen den „Heimatsbund“ als das „Kind der von unseren eläss-lothringischen Klerikalen und Halb-Klerikalen seit 1918 bis heute praktizierten Politik“ ab und verteidigt in ihrem Manifest vom 30. Juni „jede regionalistische, autonomistische oder separatistische Bewegung, die verlockt, Eläss und Lothringen der unteilbaren Einheit des demokratischen und republikanischen Frankreich zu entreißen“.

Aber wie die antiautonomistischen Parteien gleichfalls für amtliche Zweisprachigkeit und Anerkennung der elässischen Eigenart eintreten, so streben auch die Autonomisten, mit Ausnahme eben der Kommunisten, eine Lösung der Frage nur im Rahmen Frankreichs an. Das elässische Problem ist ein ausschließlich französisches Problem, das uns nicht nur wegen Rocarnos so wenig angeht wie das katalanische Problem. Wie zu den Deutsch-Schweizern, werden wir zwar stets zu den Elässern in näherem seelischen Verhältnis stehen, als zu anderssprachigen Völkern, aber politisch zwingt sich uns gebieterisch als einzige Stellung zur der Gattung im Eläss auf: rücksichtsloser Kampf gegen die unholden Burgen innerhalb unserer Grenzpfähle, durch deren Schuld uns das Reichsland nicht nur physisch, sondern auch moralisch verloren ging, und die jetzt: „O Straßburg, o Straßburg!“ auf die Weise pfeifen: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!“ Sie sehen, wie sich drüber aus Reibung Hitze entwickelt, und hoffen bald auf ein Feuerchen, ihr Revanchepflüppchen daran zu loden. Aber je deutlicher Frankreich erkennt, daß es für Deutschland keine elässische Frage mehr gibt, desto eher wird das Eläss seine nicht leichte Krise von heute überwinden und dann seiner Aufgabe gerecht werden, eine Kulturbrücke zwischen den beiden großen Nachbarnvölkern zu bilden.

Der Reichsminister des Innern Dr. Kütz, der als Bürgermeister von Dresden noch bis Ende August beurlaubt ist, hat wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, um Entlassung von dem Posten des Bürgermeisters nachgesucht.

## Verlauf deutscher Eisenbahntien durch unsere Reparationsgläubiger?

Wie der „Vossischen Zeitung“ aus London gemeldet wird, sollen englische Bankkreise angeregt haben, auf einer kleinen internationalen Konferenz, an der England, Amerika, Frankreich, Belgien, Italien und Deutschland sich beteiligen sollen, Ende dieses Jahres eine gemeinsame Revision des Dawesplanes und der Schuldenabkommen zu erttern und zu prüfen, inwiefern die Franzosenleistung und die Herstellung des Gleichgewichts im nächsten englischen Budget erleichtert werden könnte, indem deutsche Eisenbahntien und Bonds zugunsten der Schuldengahlung der Allierten an Amerika, auf den amerikanischen Markt gebracht werden könnten. (Es handelt sich um diejenigen Anteile, die in Händen der europäischen Siegerländer sind und die so zu den großen Gläubiger Amerika wandern würden. Red.)

## Das Washingtoner 8-Stunden-Abkommen in Belgien ratifiziert.

Brüssel, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der belgische Senat ratifizierte nach zweitägiger, ziemlich leidenschaftlicher Debatte am Mittwoch das Washingtoner 8-Stunden-Abkommen über den Achtstundentag mit 108 gegen 18 Stimmen bei 11 Enthaltungen. Vorher eröffneten sowohl die Liberalen wie die katholischen Konserverativen eine scharfe Offensive gegen die Ratifizierung und beantragten ihre Verlegung, bis die anderen beteiligten Länder ratifiziert hätten. Es bedurfte des energischen Eingreifens zahlreicher Arbeitervertreter, sowie der offenen Drohungen Vandervebdes, daß die Verweigerung der Ratifizierung den Rücktritt der sozialistischen Minister zur Folge hätte, um die konservative Opposition zu überwinden. Da die Kammer die Ratifizierung schon vorgenommen hat, steht Belgien formell auf dem Boden des Washingtoner Abkommens. Während der Senatsdebatte wurde von berufener Seite wiederholt darauf hingewiesen, daß nach den Zusicherungen des Reichsarbeitsministers auch Deutschland demnächst das Abkommen ratifizieren werde.

## Poincarés Massenbelastung vor dem Kammerauschuß.

Paris, 29. Juli. (Eigener Fundbericht.) Die Finanzkommission hat die Prüfung der Finanzentwürfe Poincarés bis in die Nacht hinein fortgesetzt, aber sie entgegen allen Erwartungen noch nicht verabschiedet. Es hat sich im Schloß der Kommission eine größere unerwartete Opposition gegen gewisse Artikel und Entwürfe geltend gemacht, besonders gegen die Warenumschlagsteuer und die allgemeine Erhöhung der Eisenbahntarife. Die beiden sozialistischen Gegenentwürfe, der Entwurf von Genossen Leon Blum und der von Genossen Professor Antoinette, sind von der Kommission mit 10 gegen 18 Stimmen abgelehnt worden. Da die Kommission 44 Mitglieder zählt, so haben sich die meisten bei dieser Abstimmung enthalten. Dieses Abstimmungsergebnis hatte bei der Regierung einen wenig angenehmen Eindruck gemacht. Die Ausführungen Poincarés vor der Kommission dauerten drei Stunden. Er betonte ausdrücklich, die Regierung habe keine anderen Mittel an der Hand, der Finanzlage zu begegnen als durch Konsolidierung der Nationalbank und Schaffung neuer Steuern. Sie sei entschlossen, bei der Annahme jedes einzelnen Artikels ihres Entwurfs im Plenum der Kammer die Vertrauensfrage zu stellen. Im übrigen bedeute die gegenwärtige Finanzvorlage nur einen Anfang. Die Regierung bereite einen allgemeinen Sanierungsentwurf vor, der jedoch mit der größten Diskretion behandelt werden müsse, damit sich die Spekulation nicht seiner bemächtigt. Poincaré erklärte, die Regierung habe nichts dagegen einzuwenden, wenn die Finanzkommission die Erhöhung der parlamentarischen Stützen in die Finanzvorlage aufnehme. Die Kommission hat dann die Mehrzahl der 24 Artikel des Entwurfs angenommen, aber etwa acht zurückgestellt. Sie tritt am Donnerstag-Vormittag erneut zusammen, um die gesamte Vorlage zu verabschieden. Man glaubt nicht, daß bei der Endabstimmung in der Kommission die Vorlage ernstlich in Frage gestellt wird. Die Beratung im Plenum der Kammer wird voraussichtlich am Freitag beginnen.

## Die Sozialisten von Lyon bestrafen Herriots Drehscheibentatt.

Paris, 29. Juli. (Eigener Fundbericht.) Die sozialistische Bezirksorganisation des Departements Rhone (Lyon) hat in einer langen Entschliessung ihr bisheriges Programm mit der Radikalen und Radikalsozialen Partei in Lyon gekündigt. Sie begründet ihren Schritt mit dem Hinweis darauf, daß die Radikale Partei keine der am 11. Mai 1924 in das Kartell der Linksparteien aufgenommenen Programmpunkte eingehalten habe, daß sie im Gegenteil mit einem außerordentlichen Reichstium naheinander die wider-

sprechendsten Finanzsysteme angenommen und abgelehnt habe, daß sie sich in der Kammer mit den Radikalen der Reaktion verbinde, so daß unter diesen Umständen die Sozialistische Partei nicht weiter mit den Radikalen Hand in Hand arbeiten könne. Man glaubt, daß durch dieses Vorgehen der Sozialisten in Lyon der Bürgermeisterversatz von Herriot gefährdet ist. Die Sozialisten haben in Lyon die Mehrheit im Stadtrat. Sie sind entschlossen, in kurzen die Frage der Neubestellung des Bürgermeisterspostens vor den Stadtrat zu bringen, den Rücktritt Herriots zu veranlassen und ihn durch einen sozialistischen Bürgermeister zu ersetzen.

## Die Nachfolger Derschinskis.

Moskau, 27. Juli. (Drahtbericht.) Wie in kommunistischen Parteitreffen verlautet, ist die Ernennung Kujbischewas zum Vorkhoden des Obersten Volkswirtschaftsrates als Nachfolger Derschinskis und Anschlits zum Chef der Politischen Polizei bereits vollzogen, wenn sie auch noch nicht publiziert worden ist. Kujbischew ist Kommissar der Arbeiter- und Bauerninspektion und Vorkhoder der Zentralkontrollkommission der R.P. Anschlits ist der Stellvertreter des Vorkhoden des Revolutionskriegsrates und hat sich bereits früher im Dienst der Politischen Polizei (damals noch Tscheka) betätigt. Beide gehören zu den Stützen der von der Parteimehrheit befohlenen Politik.

## Der Protest Abessinians beim Völkerbund.

Nach dem diplomatischen Korrespondenten des „Vossischen Telegraphen“ kann eine Mitteilung der abessinischen Regierung an den Völkerbund über das kürzlich abgeschlossene englisch-italienische Abkommen, betreffend Abessinien, nur als ein energischer Protest gegen das Vorgehen Großbritanniens und Italiens aufgefaßt werden, weil dieses Abkommen abgegeschlossen worden sei, ohne zuvor Abessinien selbst zu befragen. Das englische Blatt meint aus diesem Anlaß, man werde sich daran erinnern, daß seit mehreren Monaten Abessinien von der Pariser Presse wiederholt und dringend zu einem solchen Vorgehen aufgefordert worden sei.

Genf, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In einer weiteren Note an sämtliche Völkerbundsmitglieder ersucht die abessinische Regierung, die Frage zu prüfen, ob sich das Abkommen mit der Unabhängigkeit Abessinians vereinbaren lasse. Es wird dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Abessinien bei keinem Eintritt in den Völkerbund im Jahre 1923 entsprechend den Statuten von allen Mitgliedern gleiche Rechte zugebilligt und zum Ausdruck gebracht wurde, daß keine Unabhängigkeit von allen anderen Staaten respektiert werden würde.

## Kleine Auslandsnachrichten.

**Labour Party und Kommunisten.** Das Sekretariat der Britischen Labour Party verbandt am 2. Juli an die Vertrauensmänner und Exekutivkomitees der angeschlossenen Organisationen ein breites Zirkular, in dem die Tätigkeit der Kommunisten innerhalb der Labour Party in der Form der „Zellenbildung“, „Fraktionsbildung“ und in der Form der Schaffung des „linken Flügels“ an Hand von Dokumenten klar gestellt wird. Zwei Ziele stammen aus dem Briefwechsel des kommunistischen Organisationsbüros in Moskau mit dem Sekretariat der Britischen Kommunistischen Partei, die in dem Zirkular „Communist Papers“, das die englische Regierung Ende Juni 1926 herausgegeben hat, veröffentlicht sind. Viel wichtiger ist aber der Inhalt eines neuen Zirkulars, das die kommunistische Partei am 24. Juni 1926 an ihre Vertrauensmänner ausgegeben hat. In demselben ist mit aller Klarheit die Politik zur Untergang der Labour Party dargelegt. Die Veröffentlichung enthält nichts, was man nicht am Kontinent aus hundertfältiger Erfahrung über die Spaltungsmethoden der Kommunisten wüßte. Aber für England hat der strikte und unwiderlegliche Beweis, daß auch dort nach genau denselben Rezepten verfahren wird, eine nicht zu unterschätzende aufklärende Bedeutung.

**Der konteraktive englische Gesundheitsminister überläßt seinen Wahlkreis dem Arbeiterkandidaten.** Neville Chamberlain, der kürzlich von der Arbeiterpartei im englischen Unterhaus wegen seiner geschäftlichen Tätigkeit in einem Unternehmen angegriffen wurde, das Regierungsaufträge erhält, hat die Absicht mitgeteilt, bei den nächsten Unterhauswahlen seinen Wahlkreis in Birmingham, der ein reines Arbeiterviertel, mit einem anderen Wahlkreis in derselben Stadt zu vertauschen, der eine höhere konservative Mehrheit hat und dessen bisheriger Abgeordneter sich nicht wieder wählen läßt. Neville Chamberlain überläßt damit, wie es von bürgerlichen Blättern zugestanden wird, dem Kandidaten der Arbeiterpartei, der schon bei der vorigen Wahl nur 77 Stimmen weniger als sein Gegner erhielt, den Wahlkreis.

**Spionageaffären auch in Rumänien.** Nach Meldungen aus Bukarest soll auch in Rumänien eine große militärische Spionage-Organisation zugunsten Sowjet-Rußlands entdeckt worden sein. 10 Personen wurden bis jetzt verhaftet.

## Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair.)

Autorsierte Uebersetzung von Hermyna zur Mühlen. (Nachdruck verboten.)

Jimmie hatte inzwischen getreulich alle Vorbereitungen getroffen; die drei Kinder prunkten in bunten Rattunfleischen, sie hatte den Morgen mit Wäcken und Blättern dieser Gewänder, sowie ihres eigenen rotzürnenen hier kriminalhaft weiten Kleides verbracht. Das Kleid paßte zu Jimmie, die groß, breitwüchsig, vollbusig war, große braune Augen und schwarzes, lockiges Haar hatte. Sonntaglich gekleidet, war sie eine hübsche, häßliche Frau, und Jimmie war stolz auf seine Weib. Es war ein Kaufmann gewesen, dort, wo er Jimmie gefunden hatte, eine gute Frau zu finden und zu erkennen. Sie war fünf Jahre älter als er, eine Bäuerin, die mit fünf Jahren nach Amerika gekommen war. Ihr wahrer Name, mit Rücksicht auf die Umstände konnte man nicht Mädchenname sagen, lautete Elisabeth Hylgar, und sie sprach in so aus, daß Jimmie lange Zeit geglaubt hatte, sie heiße Elia Oetzer.

Jimmie verzehrte hätte ein Stück Brot und trank eine Tasse metallisch schmeckenden Lees hinab; dann verzehrte er die Sahne in dem Rindermagen, und er ur: keine Frau sollte den geballt die anderthalb Meilen zum 3. Arm der Stadt. Als sie anlangte, waren Jimmie das einzige Kind und Jimmie die beiden anderen, so betrat sie das Opernhaus. In diesem heißen Abend waren die Kinder wie drei kleine Degen in den Armen der Eltern; wachten sie gar auf und begannen zu weinen, so waren die ersten nur die Wäcker gestellt, sich etwas Interessantes entgegen zu lösen oder zornigen Blicken und Worten ringsum Trost zu bieten. In Belgien hatten die Sozialisten im „Volkshaus“ eine Kruppe errichtet; die amerikanische Bewegung konnte diese nützliche Einrichtung noch nicht.

Der Mann begann sich zu fällen. Heute besaßen herein: Jimmie brachte sich und die Familie unter und betrachtete dann mit roten Augen die Scene. Das Klingblatt des lokalen Kandidaten wurde einig gelesen, die Banner, die Jimmie befestigte, wängten an den Wänden, auf dem Tisch der Rednertribüne stand eine Flasche Eiswasser, Blumen, und daneben lag der Hammer des Vorkhoden. Vor der Tribüne befanden sich schon vorüber die Sätze des „Vorkhodens“, der bereits fünf Redner erschienen war, — Rache, etwas schwerfällige deutsche

Gefahren mit rofigen Gesichtern. Jede Einzelheit, die nun so schon erschien, verbandte zum Teil Jimmie ihr Entschließen; er fühlte eine Art Bestürzung auf die wogende Menge bei dem Gedanken, was sie ihm schulde. Sie hatte ja keine Ahnung von den Vorbereitungen. Die Tülpel glaubten, ein Meeting machte aus der Erde. Sie zahlten zehn oder für reservierte Plätze fünfundsiebzig Cents, verneinten, damit sei alles gesagt, womöglich glette noch ein Ueberbuck in irgend eine Tasche. Auch wurtten sie darüber, daß die Sozialisten Eintrittsgeld für ihre Versammlungen verlangten; weshalb war der Eintritt nicht frei, wie bei den Demokraten und Republikanern?

Diese Leute gingen zu den demokratischen und republikanischen Versammlungen, ertrugen sich an der Ruffe, den oratorischen und protokollischen Feuerwerken und ahnten nicht, daß all dies Lockmittel seien, die von ihren Ausbeutern bezahlt wurden! Nun, heute Abend werden sie es erfahren. Jimmie gedachte des Kandidaten, und des Einbruchs, den er auf diesen und jenen machen werde. Jimmie konnte viele der Leute, die Billets gekauft hatten; er sah sich nach ihnen um und nickte etlichen hinter der von den Babes geformten Barrikade hervor glücklicherweise zu. Nützlich sah er zusammen. Den Korridor entlang kam Alton Chalmers, der Direktor der Nationalbank, und hinter ihm — war es möglich? — der alte Granich, der Besitzer der Empire-Maschinenfabrik, in der Jimmie arbeitete! Der kleine Rajdimitz jitterte vor Aufregung, als die beiden hohen Gehalten an ihm vorbeizogen. Er gab Jimmie einen Knippen-Roh und flüsterte ihm ins Ohr. Ringum erhob sich gleichfalls Geräusch, denn selbstverständlich konnte jeder die beiden mächtigen Männer, die Spitzen der „ausbeutenden Regierung“ von Leesville. Sie waren wohl gekommen, um zu erfahren, was ihre Untertanen denken. Nun, sie werden es erfahren!

Der große Raum war gedrängt voll, die Polizei schloß die Türen, was Jimmie als einen Teil der allgemeinen kapitalistischen Verschwörung ansah. Das Publikum begann ungeduldig zu werden, und endlich erschien der Vorkhoder, von etlichen gewichtigen Persönlichkeiten gefolgt auf der Bühne. Die Sänger erhoben sich, der Dirigent schwenkte seinen Stab, und nun brauchte die Redezeit auf — eine französische Revolutionshymne, von einer deutschen Bereinigung englisch gesungen; kann man größeren Nationalismus fordern? Der fünfzehnten Beistrife bemuß, langer sie als hofften sie, in Europa gehört zu werden. Dann erhob sich der Vorkhoder, Genosse Service. Er war ein fählicher Mann mit grauem Schaurbart und wackelndem Podest; stehend weiße Wäsche und ein enganliegende Jack-

rod bedeckten seine breite Brust; er war ein imposanter Vorkhoder, dessen Erscheinung einen günstigen Eindruck machte. Er räusperte sich und erklärte, sie seien alle gekommen, um einen der größten Redner Amerikas zu hören, deshalb werde er, der Vorkhoder, heute keine Rede halten. Daraufhin hielt er aber, doch eine. Er sprach vom Ernst der Stunde den ihnen der Redner noch genauer erklären werde, und redete dann noch über alles, worüber der Redner sprechen sollte. Dies gehörte zu den Schwächen des Genossen Service, doch wagte keiner, ihn darauf aufmerksam zu machen, aus Achtung vor seiner eleganten Erscheinung, und weil er für die Partei viel Geld hergab.

Nun kam abermals der Lieberfranz an die Reihe, ein deutsches Quartett und eine Jugabe wurden gesungen. Nachdem der letzte Ton verklungen war, erhob sich Genosse Gerritt, der lebhafteste junge Versicherungsmann, der Organisator der Lokalgruppe war und stets die „Sammelrede“ hielt. Er hatte eine humoristische Art, den Leuten das Geld abzulaufen. „Da bin ich schon wieder!“ fing er an, und alle lächelten, keine Mädchen kennend. Während er eine heitere Anekdote zum Besten gab, setzte Jimmie das kleinste Baby auf Dajies freien Arm, legte das zweite halb auf den leeren Stuhl, halb auf der Mutter Schoß, nahm keinen Hut und ging an die Arbeit, sobald der Lieberfranz von neuem ein Lied anstimmte. Jimmies Bereich waren die reservierten Plätze, wo die beiden mächtigen Stadtmagnaten saßen. Seine Knie zitterten ein wenig, doch erfüllte er keine Pflicht und beobachtete besänftigt, wie die beiden ein Gefüll in den Hut warfen, das dazu verwendet werden sollte, ihre Macht in Leesville zu fügen.

Die Hüte wurden in den Rassenraum getragen und geleert, die Sammler und die Mitglieder des Lieberfranzes nahmen ihre Plätze wieder ein. Erwartungslos Stille lastete über der Menge, und endlich erschien der Kandidat auf der Bühne. Ein Beifallssturm brach los; die Leute jubelten, schrien, klatschten. Der Kandidat setzte sich beschleunigt nieder, da der Rärm jedoch andauerte, hand er auf und verbeugte sich; abermals schwall her Beifall zu wildem Tosen an, und wieder erhob und verbeugte sich der Kandidat. Genosse Service hatte beschlossen gehabt, vorzutreten und zu bemerken, es sei wohl unnötig, den Redner vorzutreten. Das Publikum jedoch, als ob es des wackeren Doctors Ansicht, applaudierte ohne Unterlaß, bis der Kandidat selbst vertret, die Hand hob und zu sprechen begann.

(Fortsetzung folgt.)

# Wie der bayerische Justizminister sich verteidigt.

## Und wie die Akten ihn wegen Mörderbegünstigung belasten.

München, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das bayerische Justizministerium lehnt der schwereren Anklage, die durch den Reichstagsabgeordneten Paul Levi gegen Herrn Dr. Gürtner — immer noch bayerischer Justizminister — erhoben worden ist, eine blühende und nichtssagende Erklärung entgegen. Sie lautet: Der Reichstagsabgeordnete Dr. Levi, der Berichterstatter des Femeauschusses im Reichstag, hat die Behauptung aufgestellt, der bayerische Justizminister Gürtner sei in seiner damaligen Eigenschaft als Oberregierungsrat im Justizministerium am 14. März 1921 dem Staatsanwalt in den Arm gefallen und habe dadurch bewirkt, daß die Mörder des Hartung nicht der verdienten Strafe zugeführt werden konnten. Diese Behauptung wird als unrichtig mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Sie findet auch nicht, wie Dr. Levi behauptet, in den Akten, die das Justizministerium zur Kenntnis ihres Inhalts dem Femeauschuß zur Verfügung gestellt hat, eine Grundlage. Mit der Unrichtigkeit der Behauptung entfallen selbstverständlich auch alle Folgerungen, die Dr. Levi hieraus zieht. Die Untersuchung des Falles Hartung durch den Femeauschuß wird die Behauptung Dr. Levis in vollem Umfange widerlegen. Es muß bedenklich sein, daß Dr. Levi dieser Untersuchung vorzuzieht, obwohl der Femeauschuß gerade auf Antrag seiner politischen Freunde zur zeitlosen Aufklärung der Femeermorde eingesetzt worden ist.

Diese Erklärung ist geboren aus dem Willen zur Vertuschung.

Es ist schon auffällig, daß der Justizminister eines Landes eine so schwerwiegende gegen ihn gerichtete Anklage mit der Behauptung bestreitet zu schließen versucht, sie sei unrichtig, so ist es eine große Unvorsichtigkeit des bayerischen Justizministers, zu behaupten, daß die Anklage in den Akten keine Grundlage finde. In folgenden Stellen sei zur Gedächtnisstützung des bayerischen Justizministers Tatsachen zusammengefaßt, die bis in die kleinsten Einzelheiten aktenkundig sind. Diese Tatsachen sind dem Reichstagsauschuß bereits vorgetragen worden.

Am 4. März wurde in der Zuhilfenahme des Justizministers die Leiche eines Mannes gefunden mit etwa einem Dutzend Schüssen durch Kopf und Körper, die Leiche zudem an Kopf und Füßen mit Wollstücken beschwert, also in der Absicht in die Zuhilfenahme gelegt, sie zu verbergen. Die Leiche blieb zunächst unbekannt. Einwohner von Zusmarshausen erzählten, sie hätten nachts ein Auto fahren hören und kurze Zeit nach der Durchfahrt etwa ein Dutzend Schüsse vernommen, und zwar aus der Richtung, in der später die Leiche gefunden wurde. Die Aufmerksamkeit der Polizei wandte sich daher in erster Linie auf drei Automobile, die von einer Kontrolle in Augsburg in jener Nacht festgestellt worden waren. Ein Auto blieb unvermittelt, das andere war unwerblich, das dritte trug die Nummer 11 7882.

Am 9. März wurde dieses Auto als der Landesleitung der Einwohnerwehr gehörig festgestellt und am gleichen Tage die Leiche als die des Kellners Hartung erkannt. Der Verdacht lenkte sich daher auf dies Einwohnerwehr-Auto, und in der Zeit zwischen dem 9. und dem 11. März wurde folgendes ermittelt:

Hartung hatte mit der Einwohnerwehr in Verbindung gestanden und hatte von ihr, das heißt von dem Leiter ihrer Waffenabteilung, einem Oberleutnant Braun, wiederholt Geld zu erlangen versucht. Bereits am 15. Februar war auf Hartung, der in Begleitung des Braun bei Nacht durch den Englischen Garten gegangen war, ein Wittenrat mit Totschlägern verübt worden, während Braun bei diesem Überfall völlig unverletzt blieb.

Am 11. März hatte Hartung von Braun unter der Drohung, er werde Verhaftung begehen, wieder Geld zu erlangen gesucht. Am 13. März, nachmittags, sah Hartung in einem Münchener Kaffeehaus und hatte dort mit ihm zusammenstehenden Zeugen erzählt, er werde in der Nacht eine Automobilmahrt antreten, um ein Waffenlager zu räumen. — Es muß hinzugefügt werden, daß auch die Marie Sandmeyer, wie der Reichswegsoldat Dobner, die man ermordet bezw. zu ermorden versucht hatte, unter der Vorpiegelung, sie sollten Waffenlager zeigen, in ein Automobil gelockt worden waren.

Am 10. März wurden die Teilnehmer der Automobilmahrt festgestellt. Es waren: ein Student Reunzert, ein Rittmeister a. D. Beurer, ein Student Ballg, ein Student Schweifinger. Es wurden bei ihnen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Man fand Pistolen von 7 und 9 Millimeter Kaliber, das Kaliber von den Geschossen, die in der Leiche des Hartung gefunden worden waren. Die Bernommenen gaben zu, in jener Nacht von Augsburg über Zusmarshausen nach Ulm gefahren und am 4. März von Ulm wieder nach München mit der Eisenbahn zurückgekehrt zu sein. Sie bestritten die Mordtat. Am 5. März, morgens, jedoch war auf dem Eisenbahnsteig zwischen Augsburg und München, das heißt auf der Strecke Ulm-München, eine dem Hartung gehörige Leinwandmappe mit der Leiche und von Schüssen durchbohrten Mütze gefunden worden. Dazu kam: die Zuhilfenahme eines leichten Klügchens, in der Leiche nicht verpackt werden können.

Sie hat nur einige ganz wenige Stellen. Gerade an der Stelle, in der die Leiche lag, ist eine solche Leiste. Sie mußte also von Ortskundigen verpackt worden sein. Es ergab sich: der Rittmeister Beurer, einer der Mitfahrer, ist aus Zusmarshausen gebürtig, dort wohnhaft, ein eifriger Jäger und, wie er selbst sagt, mit den Gewässern genau bekannt.

Infolgedessen wollte am 11. März, abends, die Abteilung VI der Münchener Polizeidirektion, die politische Abteilung, die bisher den Fall bearbeitet hatte, zugreifen und die Teilnehmer an der Fahrt verhaften. In diesem Augenblick griff Böhrer, der Polizeipräsident, ein. Er übertrug am 11. März, abends, die Bearbeitung der Sache von der Abteilung VI auf die Abteilung I, das heißt auf Beamte, denen der Sachverhalt bis dahin völlig fremd war.

Nunmehr wurde bei der Abteilung I die Sache von neuem bearbeitet. Abgesehen von den oben erwähnten Indizien, kam nun aber am 12. März noch folgendes Indiz hinzu: Reunzert, Beurer und Ballg hatten als weiteren Mitfahrer den Studenten Brandel angegeben. Brandel wurde vorgeführt und sagte aus, es sei nicht wahr, daß er mitgefahren sei. Am 8. oder 9. März — also ehe die Mitfahrer jenes Autos überhaupt vernommen worden waren — habe Reunzert zu dem Brandel gesagt: wenn er gefragt werde, solle er sagen, er sei Mitfahrer gewesen, er solle sich bekennen an Stelle des Berchtold, der nicht benannt werden dürfe, weil er bereits in die Nordischen Sandmeyer und Dobner verwickelt sei. Berchtold war auch infolgedessen sofort nach seiner Rückkehr nach München am 4. März verschwunden und nicht auffindbar, also verschwunden in jenem Zeitpunkt, ehe Nichteingabe überhaupt wußten, daß Hartung ermordet worden sei. Am 19. März, abends, waren daher die polizeilichen Ermittlungen so weit gediehen, daß auch die Abteilung I nunmehr sich anschickte, die Fahrtteilnehmer zu verhaften.

Der damals mit der Sache befaßte Augsburger Staatsanwalt Krid, der während der Untersuchungen nach München gekommen war und in der Münchener Polizeidirektion amtierte, schrieb die Haftbefehle aus — bei den Volksgerichten erließ der Staatsanwalt Krid in dem Gefühl, den Mord nunmehr geklärt und das Seemige zur Festnahme der Täter getan zu haben, nach Augsburg zurück. Zwei Tage später, die übrigen wurden noch gesucht. Ihre Verhaftung stand im Laufe des 14. oder 15. März bevor. Um 1 Uhr mittags kam der Staatsanwalt Krid nach fünfjähriger Abwesenheit in seiner Wohnung in Augsburg an. Er wollte oben seine Suppe essen, als vor seiner Tür ein Automobil vorfuhr. Dem entstieg ein Dr. Gademann, seines Zeichens Rechtskonsulent, darüber hinaus aber Hilfsarbeiter in der Rechtsabteilung der Landesleitung der Einwohnerwehr. Der junge Referendar forderte den Staatsanwalt wie auch alsdann seinen Vorgesetzten, den Oberstaatsanwalt Kraus, auf, sofort mit ihm in das Justizministerium nach München zu fahren, wo sie um 9 Uhr erwartet würden. Beide, Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt, setzten sich auf dies Ersuchen des Referendars in das Automobil, der Staatsanwalt bewaffnet mit den Akten Hartung. Sie fuhren vor dem Justizministerium Punkt 3 Uhr vor und glaubten, von dem Justizminister empfangen zu werden. Justizminister war damals Dr. Roth. Sie waren zunächst enttäuscht, daß sie nicht zu Noth geführt wurden, sondern nur zu einem Oberregierungsrat. Dieser Oberregierungsrat war Dr. Gürtner, der heutige Justizminister. Das Ergebnis der einblühenden Verhandlung im Justizministerium war folgendes: Der gleiche Staatsanwalt, der 24 Stunden zuvor die Haftbefehle unterzeichnet hatte, ging nach der Unterredung mit Gürtner am 14. März 1921, nachmittags 4 Uhr, auf die Polizeidirektion München und ordnete an: 1. Aufhebung der Haftbefehle, 2. Rückgabe der beschlagnahmten Pistolen an die Täter, obgleich diese Pistolen bisher nur ganz oberflächlich von einem „Sachverständigen“ — einem Einwohnerwehrmann — angesehen worden waren, der gesagt hatte, vermutlich sei aus diesen Waffen nicht geschossen worden.

Was auf der Polizeidirektion geschah, wird am besten dargestellt durch die Aussage des Regierungsrats von Merz, des Leiters der Abteilung I der Münchener Polizeidirektion. Er schilderte die Vorgänge folgendermaßen: Als der Staatsanwalt zu ihm gekommen sei, um ihm zu erklären, daß er die Haftbefehle aufhebe und die Waffen zurückgebe, habe er dem Staatsanwalt vorgehalten, das sei doch ganz unmöglich, nach Lage der Sache seien doch die Täter überführt und hünden unmittelbar vor einem Gericht. Es sei doch ganz unmöglich, nunmehr die Haftbefehle aufzuheben. Das alles habe auf den Staatsanwalt keinen Eindruck gemacht. Er habe die Haftbefehle aufgehoben und die Rückgabe der Waffen angeordnet. Er, Merz, habe dieses Vorgehen für so unmöglich gehalten, daß er am folgenden Tage — am 15. März — alle seine Beobachtungen und Einwendungen gegen dieses Verfahren schriftlich niedergelegt und den Akten beigefügt habe. Darauf sei er am 16. März in das Zimmer des Polizeidirektors Rahmer befohlen worden; in diesem Zimmer seien Kraus und Rahmer an-

wesend gewesen. Oberstaatsanwalt Kraus habe ihm barock erklärt, er verleihe keine Rolle als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft; er habe deren Anweisungen Folge zu leisten und mehr nicht. Rahmer habe ihm ernst ausgedrückt, er möchte doch „keine dienlichen Dummheiten begehen“ und keinen schriftlichen Bericht wieder von den Akten zurücknehmen. Darnach habe er sich bestimmen lassen, Lieben Hermetz zurückzugeben. Nun soll Herr Gürtner erklären, ob das ein Eingriff in ein Verfahren ist oder nicht!

München, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsjustizminister Dr. Bell tritt am Mittwoch abend in München ein, um am Donnerstag vormittag dem Ministerpräsidenten Dr. Held und den bayerischen Staatsregierungsbeamten abzusprechen. Es verlautet, daß der Reichsjustizminister bei dieser Unterredung mit den bayerischen Staatsministern auch die Angelegenheit des Femeauschusses des Reichstages zur Sprache bringen wird. Dr. Bell wird München voraussichtlich schon am Donnerstag nachmittag wieder verlassen.

## Die Magdeburger Morduntersuchung.

Amlich wird mitgeteilt: In der Magdeburger Morduntersuchung Helling sind an Stelle des aus disziplinarischen Gründen abgelassenen Kriminalkommissars ten Holt die Berliner Kriminalbeamten Kriminaloberinspektor Dr. Niemann und Kriminalkommissar Braschwich von kriminalpolizeilicher Seite mit den weiteren Ermittlungen beauftragt worden. Sie werden unverzüglich in Magdeburg ihre Tätigkeit unter Leitung des Untersuchungsrichters aufnehmen. Kriminalkommissar Busdorf, dessen kriminalistische Verdienste auch von den leitenden Beamten der Magdeburger Justizbehörde anerkannt werden, fährt lediglich im Interesse einer gedeihlichen Führung der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden nach Berlin zurück. Für den beurlaubten Leiter der Magdeburger Kriminalpolizei, Kriminaldirektor Müller, übernimmt der Kriminalpolizeirat Kunze zunächst vertretungsweise die Führung der kriminalpolizeilichen Geschäfte.

Diese amtliche Verlautbarung ist auf die Entschärfung des preussischen Innenministers zurückzuführen. Sie konnte in dem vorliegenden Falle nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht anders ausfallen, wie sie durch den § 54 der Strafprozessordnung gegeben war. Auf diesen § 54 hatte sich der Magdeburger Untersuchungsrichter bei der Ablehnung einer weiteren Zusammenarbeit mit dem Berliner Kriminalkommissar Busdorf berufen, ohne daß dagegen auch nur eine vorgelegte Instanz etwas unternehmen können. Erreicht ist trotzdem, daß jetzt die polizeiliche Untersuchung in Magdeburg ausschließlich von Berliner Beamten geführt wird und die Leitung der dortigen Kriminalpolizei vorläufig ebenfalls ein Beamter aus Berlin übernimmt.

Der Untersuchungsrichter aber, der sich auf Paragraphen stützt, um eine Klärung zu verschleiern, bleibt vom Justizministerium unangefochten. Abgesehen von der schlechten Leitung wird ihm nicht zugetraut, und was er aus politischer Besorgnis tut, darum kümmert sich das Preussische Justizministerium offenbar nicht.

Magdeburg, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Kriminalkommissar Busdorf hat in der Magdeburger Morduntersuchung Helling am letzten Tage seiner Untersuchung noch festgestellt, daß der gleiche Schröder, in dessen Keller die Leiche des ermordeten Helling gefunden wurde, im „Magdeburger Generalanzeiger“ Inserate aufgegeben hat, in denen er Stellenangebote für ein Musikantensbüro Fink suchte gegen Stellung einer Kaution von 500 Mark. Außerdem wurde festgestellt, daß Schröder auf Inserate von Leuten, die Stellen suchten und Kautionen anboten, Stellen anbot und Beziehungen zu den Inserenten anzuknüpfen versuchte. Nach diesen Feststellungen ist der Mord an Helling nur noch als ein Verlockungsmord zu betrachten.

## Aus dem Reich.

Kirchliche Minder gegen eine Ebert-Übung. Die kirchlichen Körperschaften von Frankfurt a. M. beabsichtigen an der historischen Paulskirche bei der diesjährigen Verfassungskonferenz eine Gedächtnisfeier an den Besuch des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert bei der 75jährigen Gedächtnisfeier des Nationalparlaments von 1848 anbringen zu lassen. Der Reichspräsident Ebert hat es jetzt fertig gebracht, gegen diese Absicht der Stadtverwaltung einen Protest zu erlassen. Reichspräsident Ebert habe weder der evangelischen Kirche angehört, noch in irgendwelchen Beziehungen zu ihr gestanden, geschweige denn eine Bedeutung für sie gehabt. Die Stadtverwaltung als Eigentümerin der Kirche ist jedoch über diesen Protest hinweggegangen und hat den Kirchenvorstand offiziell von ihrer Absicht benachrichtigt.

Genosse Professor Dr. Rabbrach hat den Ruf als ordentlicher Professor des Strafrechts an der Heidelberger Universität angenommen. Rabbrach gehörte schon früher einmal dem Lehrkörper der Universität Heidelberg an.

## Aus aller Welt.

### Die Ausbreitung des Kinos.

Mehr als eine Million Menschen besuchen täglich die deutschen Lichtspielhäuser. Diese Zahl hört sich sehr groß an, dennoch macht sich Deutschland bei weitem nicht an der Spitze. So werden die 14 673 amerikanischen Kinosender wöchentlich von 130 Millionen Menschen besucht, während auf die 3878 deutschen Kinosender noch nicht einmal 10 Millionen Besucher in einer Woche entfallen. Dabei zählt Deutschland rund 60 Millionen Einwohner, die Vereinigten Staaten 105 Millionen, also nicht einmal doppelt soviel. Berlin hatte im Jahre 1924 38 964 177 Besucher der 340 Kinos der Reichshauptstadt, die über 140 000 Plätze verfügen. In Berlin kommt auf jeden 28. Einwohner ein Sitzplatz eines Kinosenders. In Witten entfällt schon auf den 24. Einwohner, in Wiesbaden und Kiel auf den 26. ein Kinoplatz. In der Mehrzahl der deutschen Städte ist man auf jeden 40. bis 50. Einwohner ein Kinoplatz anzunehmen. Die geringste Gelegenheit zum Kinobesuch hat München-Grudbach, dessen drei Kinosender nur über 1100 Plätze bei 115 000 Einwohnern verfügen, so daß erst auf jeden 105. Einwohner ein Sitzplatz entfällt. Die meisten Kinosender von fünflichen Städten der Welt hat New York, nämlich 623. London zählt nur 356 Kinos, obwohl es annähernd 2 Millionen mehr Einwohner als New York umschließt. Chicago hat ebenfalls Kinos wie London, obwohl es 4½ Millionen weniger Einwohner zählt. Deutschland ist in der Verbreitung des Kinos nicht nur von den Vereinigten Staaten, sondern auch von England und Frankreich bei weitem überflügelt. Dabei steht die Filmproduktion Deutschlands an erster Stelle in Europa. Die Vereinigten Staaten stellen allerdings 97 Prozent der Weltproduktion an Filmen her. Deutschland verschwindet demgegenüber fast mit keinem 2 Prozent. Aber das letzte Prozent verteilt sich sogar auf alle übrigen Länder Europas zusammen.

### Ein großes Schichtenfeuer

vernichtete in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in Dresden die Anlagen mehrerer großer Unternehmungen. Das Feuer kam in einem Lagerstapel der Glasfirma Langensiepen und bohrte in Dresden-Friedrichstadt zum Ausbruch und griff sehr rasch auf die angrenzende Niederlage einer Betonbau A.G. über, wo es in seinem Lager von Dachpappe und Zierprodukten neue gefärbte Mauerwerk fand. Binnen einer Viertelstunde wurde auch das benachbarte Holzlager der Holzgroßhandlung

Julius Jakob Hirsch von den Flammen ergriffen. Da der Wind nach der Stadt zu ging, wurde das Stadtimiere von einem förmlichen Regen überschüttet. Die gesamte Dresdener Berufsfeuerwehr und die Betriebswehren waren mit 35 Rohrleitungen zur Bekämpfung des Feuers eingesetzt, sodas zum Schutze der übrigen Stadt die freiwilligen Feuerwehren der Vororte herangezogen werden mußten. Am Mittwochabend wurde auch noch die Reichswehr zur Hilfeleistung aufgerufen. Dennoch gelang es nur allmählich, das Feuer Herr zu werden. Auch das Verwaltungs- und Wohngebäude der Firma Hirsch wurde durch das Feuer zerstört. Drei Feuerwehrleute wurden während der Löscharbeiten verletzt, einer von ihnen ziemlich schwer. Der Brandplatz ist ein einziges, ungeheures Trümmerfeld von 9000 Quadratmeter Fläche. Der Schaden wird auf Millionen geschätzt. Das Eisenfeuer hatte Zehntausende von Zuschauern angelockt, die während der ganzen Nacht an der Brandstätte aushielten.

### Munition explodiert — im Gefängnis.

Ein großer Dampfabbrand zerstörte einen Teil des Gefängnisses Senftenberg. Dabei stellte sich heraus, daß in den Bodenräumen noch Munition u. Handgranaten lagerten, die explodierten und den Schaden noch vergrößerten. Das Gefängnis mußte schleunigst geräumt werden. Durch die Explosion der Munition wurden mehrere Feuerwehrleute zum Teil schwer verletzt, so daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Das Feuer entstand durch ein brennendes Latiglisch, das ein Attuar bei der Suche nach Akten auf dem Boden stehen gelassen hatte.

### Wegen Fällung von Mineralwasser

hatte sich vor dem Großen Schöffengericht Göppingen (Württemberg) der Direktor der Mineralquelle Ueberkingen sowie der Wächter des Bades als Angeklagte verantworten. Im Jahre 1925 war die Klage wegen des Wasser der Quelle so groß, daß ihr Ertrag nicht mehr ausreichte. Der Direktor ließ daraufhin dem Mineralwasser größere Mengen Leitungswasser zusetzen. Nach den Angaben eines Betriebsangehörigen soll es sich um nicht weniger als 9000 Gallonen gemischten Wassers gehandelt haben. Die Rauprüfung der Wässer ergab, daß an einzelnen Tagen bis zu 37 000 Gallonen verfaulend wurden, während der Ertrag der Quelle im Höchstmaß 25 000 Gallonen täglich ausmacht. Der Hotelwächter hat wochenlang Mineralwasser in Form einer Mischung von Leitungswasser und Mineralwasser abgegeben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Direktor eine Geldstrafe von

10 000 Mark gegen den Hotelbesitzer von 500 Mark. Das Urteil lautete jedoch lediglich auf 1200 bzw. 50 Mark.

### Ein Eisenbahnattentat

wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch auf den Berlin-Hamburger D-Zug unternommen. Zwischen den Bahnhöfen Ruhlsdorf und Boizenburg waren zwei eiserne Bahnschwellen quer über die Schienen gelegt. Der Schnellzug stieß gegen 11 Uhr abends auf dieses Hindernis. Die beiden Schwellen wurden von den Schienenräumern der Lokomotive auf dem Gleis vorwärtsgeschoben und etwa einen halben Kilometer mitgeschleift. Als der Lokomotivführer das Hindernis bemerkte, brachte er den Zug schnell zum Stehen, so daß ein Unglück verhindert wurde. Lediglich die Schienenräumer waren stark verbeult. Mit etwa 15 Minuten Verspätung kam der Zug in Hamburg an. Die Reichsbahn hat 1000 Mark Belohnung auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

### Der wiedererwachende Vesuv.

Wie es von den italienischen Beobachtern anlässlich der schweren Stürme in den letzten Tagen vorhergesehen worden war, ist der Vesuv in eine neue Tätigkeitsperiode eingetreten. Das Schauspiel, das er bietet, ist höchst eindrucksvoll. Riechende Feuerwolken färben den Himmel blutrot; sie folgen sehr schnell aufeinander, oft von Minute zu Minute, aber bisher wurde noch kein Ausbruch von Lava beobachtet. Nach dem Urteil des Observatoriums ist bisher noch kein Grund zur Sorge vorhanden, und so sieht man zahllose Karawanen von Fremden und Neapolitanern, die sich bis zum Krater selbst vorwagen, um das grandiose Schauspiel zu genießen.

### Billabill als Förderer der Wissenschaft.

Billabill, der die Hälfte des Gehalts, das er als Markgraf der polnischen Armee bezieht, der Wiener Universität zuwendet, hat dieser Hochschule jetzt privatim weitere 2200 Floty überwiesen. Diese Summe soll zum Ausschreiben von Preisen für wissenschaftliche Arbeiten verwendet werden.

### Die Erforschung des nordischen Sibiriens.

Aus Chabarowsk in Ost-Sibirien hat sich eine Expedition in den äußersten Nordosten Sibiriens begeben, um sich mit dem Leben der dortigen eingeborenen Stämme bekanntzumachen. Vor drei bis vier Jahren hat zum letztenmal eine russische Expedition diese Gegenden besucht. Ueber das Leben der in Frage kommenden Völker ist infolgedessen bisher nur sehr wenig bekannt.

**Familien-Anzeigen**

Am 26. Juli starb plötzlich und unerwartet im Alter von 66 Jahren mein geliebter Mann, unser lieber Vater, der **Werkmeister Franz Kirchner**.  
Breslau, den 29. Juli 1926  
Stephanstr. 16  
**Auguste Kirchner**  
und Töchter.  
Trauerfeier und Einäscherung: Freitag, den 30. Juli, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, im Krematorium in Grabschen. 510

Am 26. Juli verschied im Alter von 66 Jahren unser Freund und Parteigenosse **Franz Kirchner**.  
Ehre seinem Andenken!  
**Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsgruppe Breslau.**  
Die Einäscherung findet Freitag, den 30. Juli, nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr, im Krematorium in Grabschen statt. Trauerhaus: Stephanstr. 16. **Distrikt 38.**

Am Montag, den 26. Juli, verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Genosse **Franz Kirchner** im Alter von 66 Jahren. 511  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Genossinnen und Genossen des Distrikts 38.**  
Trauerfeier und Einäscherung: Freitag, nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr, im Krematorium in Grabschen. — Die Genossinnen u. Genossen beteiligen sich vollständig.

**Deutscher Bauwerksbund.**  
Am 27. Juli starb unser langjähriges Mitglied, der **Maurer Julius Bans** im Alter von 82 Jahren. 2680  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Bauwerkschaft Breslau.**  
Beerdigung: Freitag, nachmittags 1 Uhr, von der Halle des Magdalenen-Friedhofes, Lobestraße.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme bei dem schmerzlichen Verlust meiner lieben, guten Frau und Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen, besonders Herrn Pastor Haack für die trostreichen Worte am Grabe, sowie dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, den Paradeuren der Zuschußkasse, dem Reichsbanner und allen Mitbewohnern des Hauses Adolfsstr. 4, auch für die sehr schönen Kranzspenden, da es uns nicht möglich ist, jedem persönlich zu danken, auf diesem Wege unseren 508

**innigsten Dank!**  
Karl Staroste, Kinder und Enkel.

Bei Vergebung von  
**Druckfachen**  
berücksichtigen Industrie und Handel, Kommunal- u. Staatsbehörden, Parteienvereine, Gewerkschaften, Krankenkassen, Arbeiter-Sport- und Vergnügungsvereine die Buchdruckerei der  
**Volkswacht**  
Breslau 2, Flurstraße Nr. 4-6

In meiner neuen Verkaufs-Niederlage **Sadowastraße 37** biete ich an: **direkt** aus meiner Dampfdestillation  
**Breslauer Brantwein** 35%, Ltr. Mk. **2.10**  
**1a Weinbrand-Verschnitt** Ltr. Mk. **2.80**  
**Echter Weinbrand „Kammarke“** Ltr. Mk. **3.50**  
**Qualitäts-Liköre, 35%** 4269  
Cherry-Brandy, Cognac, weiß und orange, Kirschen, Früchte, Obst-orange 1/2 Ltr. inkl. Glas **3.00**  
Direkt vom Faß:  
**1a Apfelwein (süßer Zider)** Ltr. Mk. **0.70**  
**1a Tortugona** Ltr. Mk. **1.40**  
**1a Metaga** Ltr. Mk. **1.50**  
**22er Mosel- u. Rheinweine** Ltr. **0.75**.  
Preise inkl. städt. Getränke-Steuer.  
Besonders **günstiger Einkauf für Festlichkeiten!**  
Freitag u. Sonnabend, 30. u. 31. Juli, erhält jeder Käufer **1/2 Liter Weinbrand gratis!**  
**Willi Reichmann**  
Destillations- und Weinhandlung  
Menzelstraße 48.



**Ein genossenschaftliches Sabrikat! Konkurrenzlos billig!**  
**Ein Paket kostet nur 38 Pf.** 2684  
**Konsumverein „Vorwärts“**

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne. 12531  
Tel. Stephan 37 460.  
Täglich 8 Uhr:  
Der große Erfolg:  
**„Donnerwetter — Ganz famos“**

**Zurück Dr. Döbelln Zahnarzt.** 4299  
Von anfgel. Geschäft einige Garbards- u. Anzüge 29 Pf., Brecheschalen 4.50, Stoffhosen 3.50 etc. verkauft  
Viktoriastraße 14, 2. Etg. 1.

Schürzenstiel, 2-10 Pf., Lippert, Heinrichstr. 16. 12850  
**Fahrräder**  
Gummi :: Zubehör verkauft billig  
**Geier**  
Freiburger Str. 16

**Bekleidung t. sämtliche Berufe.**  
Gediegene Qualitäten, billigste Preise  
**Berufskleider Egon Gadiel**  
Mentor-Anz. Taubenstr. 135-137 (Kornelius-Gebäude) 12539

**Sofort Geld** auf Pfänder!  
**Reichhaus Rother**  
Albrechtstraße 43, L. 12855

50 getragene **Anzüge** à 10.00 Mk. zu verkaufen  
**Reichenburgerstr. 3.**

**Arbeiter, Angestellte, Beamte!**  
Versichert Euch und Eure Angehörigen nicht bei den privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften, sondern benutzt dazu nur Euer eigenes Unternehmen, die  
**Volksfürsorge**  
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft. 2678  
Weitere Auskunft erteilen die Büros der Gewerkschaften, die Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“, sowie das Büro der „Volksfürsorge“, Margaretenstr. 17, Neubau, 1. Stock

**Achtung!**  
**Das Neueste von Breslau** ist die heutige Eröffnung einer  
**Friedfisch-, Back- und Frühstücksstube**  
in der **„Nordsee“**  
Schmiedehof 19 rechts von der  
Geschäftsführer: Feodor Trapp.  
Um unserer werten Kundschaft frische Seefische in schmackhafter Form, sowohl zum sofortigen Genuß, wie auch zum Mittag- und Abendbrot zu verabfolgen, haben wir einen **englischen Patent-Fischbratofen** aufgestellt.  
Was für Vorteile bietet Ihnen derselbe?  
1. Erhalten Sie Fisch, welcher gänzlich ohne Seegeschmack ist.  
2. Erhalten Sie eine Portion Fisch mit vollem Saft und Nährwert, weil das Backen in großer Hitze die Poren des Fisches sofort schließt und das Auslaufen des Saftes verhindert.  
3. Sie brauchen zu Hause nicht zu kochen, sondern können Ihre Mahlzeit in fettdichtem Pergament mit nach Hause nehmen.  
4. Sie können im Haushalt sich den Fisch nicht billiger backen, als Sie ihn bei uns tafelfertig kaufen.  
5. Sie können bei uns in einer neu eingerichteten Frühstücksstube Ihr Mittagmahl, Frühstück und Abendbrot gleich verzehren, eventuell mit Kartoffelsalat oder Brötchen.  
6. Sie können sich von der Sauberkeit der Zubereitung überzeugen, da das Backen vor Ihren Augen geschieht.  
**Heute Donnerstag Kostproben gratis!**  
Sie können auch in unseren zwei anderen Geschäften: **Bohrner Straße 2** an der Teichstraßen-Unterführung und **Neue Schwoidnitzer Straße 5a**, rechts von der Gartenstraße, diesen **Backfisch** täglich frisch erhalten und brauchen die Portionen nur zu Hause aufzuwärmen.  
Außerdem empfehlen wir:  
**Frische Seefische, Flussfische, Räucherwaren** 12868  
u. u. in **billigsten Preisen.**  
Bitte, beachten Sie unsere Fenster!

**Breslauer Hallenschwimmbad**  
Heißbäder, Warm-, Licht- u. Wasserbehandlung  
Außer Sonntags täglich von 8 bis 8 Uhr 4244

**Bettfedern u. Daunen**  
Billigstes Angebot bester Landware  
Spezial-Herzig  
geschäft  
Matthiasstr. 100, 1  
am Waterloo-Platz.  
Kein Laden. Die  
Straßenbahn wird vergütet. 4298

**Herren- und Damen-Garderobe** 12864  
nach Maß von 40.00 Mk. an.  
**Arbeits-hosen** wie bekannt konkurrenzlos, eigene Maßhaft, von 4.50 Mk. an,  
sowie sämtliche Umarbeitungen.  
**Krywalski, Burgstraße 7, 1. Etage.**

**Etappe Gent**  
wieder erschienen!  
Preis 2.50 Mk.  
**Diese Mitteilung genügt!**  
Volkswachtbuchhandlung  
Neue Graupenstr. 5 \* Neue Taschenstr. 11

**Alter Breslauer** 35% per Liter **2.10** Mk.  
**Crème-Brantwein** 36% per Ltr. **2.30** Mk.  
**Weinbrand-Verschnitt** 38% per Ltr. **2.80** Mk.  
**Echter Weinbrand** 40% per Ltr. **3.30** Mk.  
**Jamaika-Rum-Verschnitt**  
verschiedener Stärke u. Güte **3.00** bis **4.00** per Liter Mk.  
**Burgunder-Wein**  
schwere, blumige Ware **2.85** 1/2-Liter-Flasche **1.50**  
1/2-Liter-Flasche  
alles inkl. Steuer  
**Kostprobe gratis.**  
**Brennerel-Ausschank**  
**Rother**  
Matthiasstraße 35  
4297

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 29. Juli.

Franz Kirchner †.

Wieder hat aus dem Kreis unserer Allen der Tod einen guten Genossen fortgenommen, der ein Leben lang unter unserer Fahne stand.

Genosse Franz Kirchner ist am 26. Juli plötzlich an einem Herzschlag gestorben. Von Beruf Tapezierer, schlug er sich die letzten Jahre mit einer jämmerlich knappen Werkmeisterpension durch's Leben.

Nun ist er, der ein Menschenalter für und mit uns kämpfte, von uns gegangen. An seiner Bahre stehen Frau und Kinder, denen mit seinem Tode das Beste genommen ward.

Die Einäschung des Genossen Kirchner findet am morgigen Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium Gräbchen statt.

Neubau des Postbedamts.

Die Deutsche Reichspost kaufte im Jahre 1924 ein Grundstück in der Feldstraße, um darauf ein neues Postbedamt zu erbauen.

Genosse Seppel hatte gelegentlich der Beratung des Gehalts für den Reichspostminister im 5. Ausschuss sowie im Plenum des Reichstags bedauert, daß für den Südosten Deutschlands keine Mittel für größere Bauten bereitgestellt seien.

Nunmehr sind in einem, dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost vorgelegten Nachtrag für das Rechnungsjahr 1926 20 Millionen angefordert worden.

Der Verwaltungsrat wird heute, am 29. Juli, die Mittel bewilligen. Wir wollen hoffen, daß die Gelder recht bald überwiesen werden, damit die Arbeiten sofort beginnen können und die Erwerbslosigkeit dadurch in Breslau gemildert wird.

Nie wieder Krieg.

Die Sozialdemokratische Partei und die Sozialistische Arbeiterjugend rufen die gesamte Breslauer Arbeiterschaft zu einer würdevollen Kundgebung unter dem Gedanken 'Nie wieder Krieg', am Sonnabend, den 31. Juli, im Säbichwerder auf.

Alle Distrikte der Partei Heime der Arbeiterjugend sowie alle anderen Arbeiterorganisationen müssen ihre Fahnen zu den Treffpunkten mitbringen.

Die Paragrafen des Reichs-Schankstättengesetzes, zu dessen Hauptaufgaben neben der Regelung des Verhältnisses und vor allem der Schutz der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholgenusses gehören, werden im Kampf gegen den Alkoholismus nur ein schwacher Notbehelf sein.

Das konnte längst geschehen sein.

Der Entwurf des Reichs-Schankstättengesetzes (der vor einigen Tagen den Reichswirtschaftsrat passiert hat) ist in seinen Grundzügen im großen und ganzen gleich geblieben.

Die Paragrafen des Reichs-Schankstättengesetzes, zu dessen Hauptaufgaben neben der Regelung des Verhältnisses und vor allem der Schutz der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholgenusses gehören, werden im Kampf gegen den Alkoholismus nur ein schwacher Notbehelf sein.

Mit Staunen muß man sich fragen, warum denn in Deutschland nicht schon längst die Ernährungsbehörden, die Milchproduzenten und die Alkoholgegner sich zusammengesetzt und regelrechte Milchrestaurants geschaffen haben.

Im Haus des Glends.

In der Vorkriegszeit galt das Wohl für Obdachlose in der Schuhbrücke wohl so manchem ehrlichen Bürger als Unterkunftsstätte für Lumpen und Sirolche.

Das Glend der Proletarier kommt nirgends krasser zum Ausdruck, als in diesem Hause, wo so mancher Arbeitslose sich auf eine bunte Holzpritsche hinstellen muß.

Die Schlafräume sind für Männer und Frauen getrennt. Unjaubere Obdachlose kommen in besondere Abteilungen. In diesen gibt es nur bunte Holzpritschen, um den Gästen keinen Aufenthalt zu bieten während die 'Saubereren' auf Strohhüllen schlafen.

Die Schlafräume.

Die Schlafräume sind für Männer und Frauen getrennt. Unjaubere Obdachlose kommen in besondere Abteilungen. In diesen gibt es nur bunte Holzpritschen, um den Gästen keinen Aufenthalt zu bieten während die 'Saubereren' auf Strohhüllen schlafen.

Die in der Nähe der Schlafräume befindlichen Abortanlagen und Wasagelegenheiten wirken zwar ein wenig besorgend, sind aber durchgängig im lauberen Zustande.

In anderen Industrieländern, zum Beispiel in England, bekämpft man ebenfalls den Alkoholismus nicht nur durch die Verteuerung der geistigen Getränke, sondern auch dadurch, daß fast jedes Restaurant, in dem die breite Masse verkehrt, Milch in allen möglichen Zubereitungsarten verabreicht.

Die Verfassungsfeier der Breslauer Behörden

wird, wie im Vorjahre am 11. August, vormittags 11 Uhr, im Schauspielhaus unter Mitwirkung des Gelangverins Breslauer Lehrer und des Schleißigen Landesorchesters stattfinden.

- 1. 4. Satz aus der Symphonie Nr. 5 in C-moll Beethoven
2. Begrüßungsansprache des Herrn Oberpräsidenten Zimmer
3. Männerchor: Wolf S. Heinrichs
4. Rezitation: Gesang des Deutschen Händel
5. Männerchor: Freiheit S. Zöllner
6. Festrede, gehalten vom Präsidenten der Oberpostdirektion Tebbenshans
7. Anschließend: Gemeinamer Gesang des Deutschlandliedes
8. Männerchor mit Orchester: Vaterland Hugo Wolf

Die gesamte Feier wird von der Bevölkerung gehört werden können, da sie vom Schleißigen Rundfunksender übertragen werden wird.

Im übrigen ist der Zutritt nur Behördenangehörigen und Geladenen gegen Eintrittskarte gestattet.

Achtung!

Heute, Donnerstag, den 29. Juli, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus - großer Saal - eine wichtige

Bersammlung sämtlicher Funktionäre der SPD.

Tagesordnung:

- 1. Vortrag über 'Wirtschaftliche und politische Tagesfragen'. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse W. Winger.
2. Eindrücke über das rote Wien. Referent: Genosse Blau.
Zur Funktionärerversammlung haben zu erscheinen: die Abteilungsleiter, Distriktsführer, Frauenleiterinnen, Bezirkskassierer, Revisoren und Schriftführer der Distrikte, Betriebsvertrauensleute, Beamtenvertrauensleute, Mitglieder der Presskommission und des Bildungsausschusses, die Stadtverordneten und Stadträte, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Provinz, Staat und Reich.

Parteigenossinnen, Parteigenossen! Alles auf in die Funktionärerversammlung! Kein Funktionär darf fernbleiben. Funktionärskarten (gelb oder rot) gelten als Ausweis. Ohne Ausweis hat niemand Zutritt!

räume geeicht. Zwei Aufseher und eine Aufseherin sind bei Nacht ständig da. Bei etwa vorkommenden Ohnmachts- und Krampfanfällen wird telephonisch vom Allerheiligenhospital ein Krankenwagen herbeigerufen, ebenso bei Entbindungen, die öfter zu verzeichnen sind.

Der Krieg gegen die Läuse

muss unausgesetzt geführt werden. Tägliche gründliche Reinigung aller Räume ist notwendig, von Zeit zu Zeit wird eine große Generalkreinigung vorgenommen. Die allen Prüßken werden nach Möglichkeit ausgerangiert, an ihre Stelle treten solche mit Eisengestell.

Im Aufnahmeraum

muss jeder sich erstmalig meldende Obdachlose seine Papiere vorweisen. Auch wenn er keine besitzt, wird er aufgenommen. Auswärtige dürfen vier, Breslauer Obdachlose acht Tage übernachten. Wer diese Uebernachtungsfrist überschreitet, wird - nachdem ihm das rechtzeitig angekündigt wurde - der Polizei zugeführt.

Die Aufnahme der Obdachlosen erfolgt bis spätestens 2 Uhr nachts, der Hauptandrang ist stets von 8 Uhr abends bis 1 Uhr nachts. Im Winter wird das Wohl schon am Spätnachmittag um 6 Uhr geöffnet. Am 7 Uhr morgens verlassen die Obdachlosen das Wohl, bis spätestens 8 Uhr müssen alle Säle geräumt sein.

Die Aufnahme der Obdachlosen erfolgt bis spätestens 2 Uhr nachts, der Hauptandrang ist stets von 8 Uhr abends bis 1 Uhr nachts. Im Winter wird das Wohl schon am Spätnachmittag um 6 Uhr geöffnet. Am 7 Uhr morgens verlassen die Obdachlosen das Wohl, bis spätestens 8 Uhr müssen alle Säle geräumt sein.

So kann sich jeder glücklich schätzen, der es nicht nötig hat, in diesem Wohl unterzutauchen zu müssen, die ihm nicht einmal für längere Zeit gewährt wird.

Es sind die Vermissten der Armen, die gezwungen sind, sich im Wohl ihre Unterkunft zu suchen. Es ist bezeichnend für die heutige Gesellschaftsordnung, daß sie nicht ihren künftlichen Mitgliedern die Möglichkeit schafft, menschenwürdig zu wohnen und zur Beruhigung ihres sozialen Gewissens den Armen Almosen gibt statt ihrem Recht!

Anschließend ist das nicht.

Ein Leser schreibt uns: Vor einigen Tagen komme ich vom Odetorbahnhof, und in der Absicht, mich zu erfrischen, frage ich einen Passanten nach einer Konditorei.

Milchhäuschen am Trebnitzer Platz, wird mir die Antwort. Ich gehe also nach dem Trebnitzer Platz. Was sehe ich? Das Milchhäuschen ist in einer Bedürfnisanstalt untergebracht. Eine Weile stand ich davor und dachte über den 'Geschmack' des Magistrats nach, der Bedürfnisanstalt und Milchhäuschen so geschickt zu vereinigen weiß.

Dann aber bin ich weitergegangen. Das tat vor mir auch noch einige andere Passanten, denen die Nachbarschaft der Bedürfnisanstalt ebensovienig als mir behagte.

„Eine Geschmacklosigkeit ohne Gleichen“, sagte der eine. Und ich mußte ihm recht geben. Etwas ähnliches habe ich jedenfalls wo anders noch nicht gesehen.

Mehr Vorsicht und Rücksicht bei der Straßenbahn.

Es ist oft erstaunlich, wenn man beobachtet, wie sorglos viele Menschen im Verkehr mit der Straßenbahn sind. Sorglos und oft auch rücksichtslos.

Da klingelt ein Fahrer fortgesetzt heftig mit der Glocke. Ein Fuhrmann ist vor ihm. Oft merkt der ja im Gesehrt der Karre nicht gleich, wer hinter ihm ist und was der will. Aber oft merkt er, daß ein Fuhrmann wohl Bescheid weiß und sich doch unnötig viel Zeit läßt, ehe es ihm einfällt - immer langsam und „nur mit der Ruhe“ - abzubiegen. Dester kommt es aus solchen Anlässen zu gegenseitigem Geschimpfe, wo sich dann der eine noch stärker am anderen 'reißt'. Oder es droht auch ein 'Protokoll'.

Zener da jittert mit den Füßen, er will heraus, will aussteigen. Der Schaffner tut, als merke er nichts, er füllt mit ganzer Breite den Austritt aus. Nichts zu machen. Der Wagen fährt noch, fährt bereits langsamer, aber er fährt noch. Da lacht der eilige Fahrgast den Schaffner an, aber ungehalten zur Seite zu drängen. Nichts zu machen: „Nur immer mit der Ruhe!“ „Warten Sie gefälligst, bis der Wagen hält“, sagt der Schaffner. - Ein Blick trifft da den Straßenbahnmann, ein Blick.

Alltäglich sind nun solche Bilder. Die Straßenbahnbeamten scheinen allgemein angewiesen zu sein, das vorzeitige Aussteigen zu verhindern. Um noch mehr Unfällen vorzubeugen.

Ein Wort auch noch über die geplagten Straßenbahnleute. Da pläppern manche Radfahrer gedankenlos hinter einem Straßenbahnwagen her. Oder denken wohl gar, wie scharf sie aufpassen, wenn sie den notwendigen Abstand halten. Und achten dabei nur auf eine Gefährtenquelle. Will dann einer abbiegen, dann entgeht er zuweilen nur mit Mühe einer anderen Gefahr. Ein Auto kommt da, oder ein entgegengekehrt fahrender Wagen der gleichen Straßenbahnlinie. Bielemal hängt da alles von der Geistesgegenwart des erschrockenen Straßenbahnlers ab, ob ein Unglück verhütet wird. Einen Jungen sah ich so, der selbst mit dem Schrecken davonkam, während sein Rad zu einem hässlichen Gerümpel geworden war.

Auch die Fußgänger auf der Straße sollten immer möglichst frühzeitig vor vorüberfahrenden Wagen ausweichen, das erhöht die Sicherheit des Verkehrs und verhütet viele Unfälle.

Tödlicher Unglücksfall im Breslauer 7. Reiterregiment.

Beim Verladen von Fahrzeugen auf dem Bahnhof Ramez in Sadowa, wo das Breslauer 7. Reiterregiment sich zum Manöver befindet, verunglückte der Führermeister Unteroffizier Adolf Gertler tödlich. Er ging zwischen dem letzten Wagen des Transportzuges und dem 1. Metz gegen entsetzten



# Gewerkschaften und Rundfunk.

In Breslau bemüht sich der Arbeiter-Bildungsausschuss als Kultur-Organ der Arbeiterbewegung bereits im Sinne der folgenden Ausführungen. Der Erfolg wird mit größtem Interesse abgewartet sein.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Rundfunk in der kommenden Zeit eines der wichtigsten Mitteilungs- und Nachrichteninstrumente werden wird. Die Zahl der Hörer aus allen Gesellschaftsschichten nimmt fast täglich zu, fortwährend wird an der Verbesserung der technischen Mittel gearbeitet und auch die Art der Übertragung künstlerischer Darbietungen geht dadurch, daß man sich auf die besonderen Möglichkeiten mehr und mehr einstellt, einer gewissen Vollendung entgegen.

Aber nicht allein diese Tatsachen zwingen zu einer klaren Stellungnahme, sondern man erkennt jetzt schon an gewissen Symptomen, daß der Rundfunk auch gesellschaftsumbildend wirken kann und wird.

Wie ist das zu verstehen? Es zweifelt heute kaum jemand daran, daß alle bisherigen Nachrichten- und Mitteilungsmitte! auch zugleich schwerwiegende Instrumente waren, durch die die herrschenden Einzelkräfte, Machtgruppen und Klassen, ihre Interessen gegen die Unterdrückten zu vertreten und ihren Einfluß zu bewahren wußten. Diese verschiedenen Beeinflussungsmitte! haben im Verlauf der Entwicklung auch verschiedene Rollen gespielt. Ihre Bedeutung steht in einem bestimmten Verhältnis zu der Entwicklung der Gesellschaftsstruktur und hat heute in der Presse mit ihren monopolistischen Zusammenstellungen schon deshalb einen gefährlichen Charakter, weil die Art der Beeinflussung mittels der bürgerlichen Zeitung nicht mehr klipp und klar, sondern wie der Waff im Schachspiel gewissermaßen wohlwollend und mit demokratischem Dol gelobt vor sich geht.

In Bezug auf den Rundfunk kann nun nicht so gefolgert werden, als ob der Rundfunk eines Tages die Zeitung ohne weiteres ablösen wird. So einfach vollziehen sich Entwicklungen innerhalb der von der Gesellschaft benutzten Instrumente niemals. Wohl aber werden sich allmählich Veränderungen des Schweregewichts einstellen und es wird sich auch mit der Zeit zeigen, daß die übrigen Mitteilungsorgane nicht mehr in der Form existieren können, wie sie bisher ohne den Rundfunk noch möglich waren.

Schon heute besitzen wir Erfahrungen, daß der Rundfunk eine eminent politische Bedeutung haben kann. Natürlich in den Händen der Bourgeoisie, wie wir es in England gesehen haben, als während des Generalstreiks und bei dem Ausfall sämtlicher Zeitungen die Regierung im Rundfunk das einzige Mittel fand, um in ihrem Sinne gegen die Streikenden agitieren zu können. Ähnliche, wenn auch weniger krasse Fälle, erleben wir in Deutschland, wo die einzelnen, sozialistisch konfessionierten Religionen sich des Rundfunks bald bemächtigt haben und ihre Agitationen in möglichst weite Kreise zu tragen. Sie haben es sehr geschickt gemacht, haben es verstanden, von vornherein die am wenigsten auf privatwirtschaftliche Initiative gestellte Grundlage des deutschen Rundfunks klar zu erkennen und haben sich mit taktisch bemerkenswertem Geschick sofort eingegeben.

Mit Bewußtsein sprechen wir von dem Rundfunk als von einer Institution, die „am wenigsten auf privatwirtschaftlicher Initiative“ ruht. Wir wollen damit andeuten, daß die ganze Organisation in ihren festen Grundlagen sehr schwer zu erkennen ist und deshalb vermutlich noch vielen Veränderungen unterworfen sein wird. Weiter hat aber die staatliche Apparatur einen derart entscheidenden Einfluß auf die Programmgestaltung des Rundfunks, daß die ausführenden Organe gar nicht anders können, als andauernd von der unpolitischen Sendung des Rundfunks zu sprechen.

Immer noch scheint es, als ob die Führer der Arbeiterschaft noch nicht klar genug erkannt haben, was für eine Gefahr hier droht. Ebensovienig scheint man sich darauf einzulassen, den Rundfunk als Mitteilungs- und Beeinflussungsinstrument in Betracht zu ziehen. Gerade aber in dieser Hinsicht ist es Pflicht und Aufgabe der Gewerkschaften, ihre Stellungnahme zu präzisieren und sofort die nötigen Schritte zu unternehmen. Zumal die Rundfunthörer zu gut 70 Prozent aus Arbeitern bestehen, die sicherlich durchweg gewerkschaftlich organisiert sind.

Man wird einwenden wollen, daß eine Stellungnahme zum Rundfunkproblem mehr Sache der politischen Parteien ist und die Gewerkschaften nur diese Stellungnahme unterstützen können. Gerade aber damit geht man falsch an eine im Fluß des Wandens befindliche und so gewissermaßen „unpolitische“ Gesichtspunkte heute durchgeführte Einrichtung heran, die nur durch eine sichere Ausnutzung ihrer heutigen Organisationsform erobert werden kann.

In Gewerkschaftsstellen scheint man heute schon damit zufrieden zu sein, wenn von verantwortlicher Stelle an sie herangetreten wird, damit sie in der Frage des sogenannten Kulturbeitrags einen Vertreter von ihrer Seite nominieren. Diese Tatsache, an sich nicht unwichtig und ein Zeichen für die außerordentliche Bedeutung der Gewerkschaften innerhalb des heutigen Gesellschaftskörpers, verleiht indessen nur die tiefer liegenden Probleme. Keineswegs ist anzunehmen, daß von amtlicher Stelle etwa ein unehrliches Spiel getrieben wird. Aber auch dort besteht man nur zum Teil in der nötigen Klarheit darüber, wie der Rundfunk benutzt werden kann. Das eigentliche Schwergewicht liegt augenblicklich bei jenen Organisationen, die einen gewissen Instinkt für die Benutzung des Rundfunks unter den heutigen Umständen besitzen und ihren Zielen und Zwecken entsprechend „eingesprungen“ sind, was mit anderen Worten heißt man hat erkannt, daß der durch staatliche Mittel außerordentlich gestützte und sonst in Form einer Aktiengesellschaft weiterwirkende Rundfunk nur mit „friedlicher“ Energie ausgenutzt werden kann.

Wenn aber schon verhältnismäßig kleine Organisationen die Möglichkeit besitzen, den Rundfunk in Kenntnis seines besonderen Aufbaues auszunutzen zu können, so dürfte es den Gewerkschaften kaum schwer fallen, in Bezug auf den Rundfunk die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten. Keineswegs ist hier mit Volens vom politischen Standpunkt im Gegensatz zu Teilforderungen, etwas zu erreichen. Im Gegenteil, es gilt möglichst unbedingten die kulturellen Interessen der Arbeiterschaft in den Vordergrund zu schieben und sie auch ohne selbstverständliche Sprechweise ernsthaft zu vertreten. Es gilt, um überhaupt Einfluß zu gewinnen, kulturelle Forderungen auf Grund einer kompakten Majorität herauszustellen und zu erkennen, daß sie berückichtigt werden müssen.

Um aber eine solche Aktion durchzuführen, ist es unbedingt erforderlich, daß die Gewerkschaften an erster Stelle stehen und der ganzen Bewegung erst das Signal geben. Gewiß wird von gewerkschaftlicher Seite eingewandt werden, daß es nicht ihre Aufgabe ist, eine eigene Organisation in diesem Sinne zu schaffen. Natürlich nicht, aber auch eine Bekämpfung der Gewerkschaftsführer mit diesen Fragen und mit dem Ziel der Schaffung einer Organisation zur Beeinflussung des heute ganz von bürgerlichen Elementen bestimmten Rundfunks ist andererseits nur teilweise und unvollkommen zu entdecken. Damit aber entstehen Unterlassungsünden, die sich später und bei noch größerer Ausbreitung des Rundfunks bitter rächen können. Man glaubt noch zu wenig an die Bedeutung dieses Instruments und man handelt keineswegs so, wie es Richard Siebel in seiner Publikation „Die Gewerkschaften nach dem Kriege“ berichtet: „In jedem Falle, um welche Aufgaben und ihre Lösung es sich auch handeln mag, kommt es darauf an, eine Situation fertig zu schaffen, um sie taktisch beherrschen zu können.“

Also nicht mit gelegentlichen, an sich wohl richtigen Einzelforderungen, die von Fall zu Fall erhoben werden müssen, löst man die wesentlichen Rundfunkfragen, sondern nur mit einer großen Organisation, die hinter sich die Massen der Arbeiterschaft und Rundfunthörer hat und deren Aufgabe es ist, den Rundfunk als kulturförderndes Instrument zu erkennen und ihre Einflußnahme den jetzt vorwaltenden Umständen anzupassen. Um einer solchen Organisation aber Gewicht zu geben, ist es notwendig, daß neben den Parteibildungsausschüssen vor allen Dingen die Gewerkschaften ihren Einfluß uneingeschränkt in die Wege leiten. Es ist die Aufgabe und Pflicht der Gewerkschaftsführer, im Interesse der werktätigen Bevölkerung umgehend zum Rundfunkproblem Stellung zu nehmen und Schritte einzuleiten, mit denen dem zunehmenden Übergehen des Rundfunks in die Hände der Reaktion Einhalt geboten werden kann.

Dr. Otto Brattstovon.

## Reform des Arbeitsnachweises!

Die Reformbedürftigkeit der Arbeitsnachweise ist noch nie so grell in die Erscheinung getreten, wie in diesen Tagen der Massenarbeitslosigkeit. Gewiß, auch die Arbeitsnachweise können nicht zaubern und Arbeit aus dem Boden kramen, wenn man von oben her in der großen Wirtschaft und Arbeitskräftige die Dinge hat zu weit treiben lassen. Aber jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß trotz der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt beträchtlich mehr Arbeit zu vermitteln wäre, wenn die Arbeitsnachweise sich wirklich der Arbeitsvermittlung widmen könnten. Die Arbeitsnachweise sind zum größten Teil heute mit der Fürsorge, mit dem Stempeln, mit dem Ausgeben und dergl. überlastet und können daher für die eigentliche Aufgabe der Arbeitsvermittlung nur sehr wenig tun. Es rächt sich jetzt, daß man nicht frühzeitig entsprechend den Forderungen der freien Gewerkschaften eine Reform der Arbeitsnachweise durchgeführt hat.

Der Fehler liegt in der Verzettlung des Arbeitsnachweises. Wir haben zu viel kleine Nachweise, die nur wenig leisten können. Was wir brauchen, sind größere Nachweisbezirke und Besetzung dieser größeren Arbeitsnachweise mit sachlich geschultem und bezahltem Personal. Die Arbeitsnachweisleiter müssen Aufstiegsmöglichkeiten haben. Es muß der Anreiz gegeben sein, daß Leute mit Initiative, Tatkraft und kaufmännischem Sinn in den Beruf der Arbeitsvermittlung hineingehen. Die Arbeitsvermittler müssen Arbeit suchen und dafür auch in technischer Hinsicht gut ausgerüstet sein. Jedem Arbeitsvermittler in ländlichen Bezirken gehört ein Motorrad, damit er an die Arbeitsstellen und Arbeitergehör herankommt. Für die Beschaffung von Frauenarbeit brauchen die Nachweise weibliche Vermittlungskräfte. Der jetzige viel zu bürokratisch aufgebaute Arbeitsnachweissapparat ist veraltet. Wenn man auch nicht von heute auf morgen den gesamten Aufbau der Arbeitsnachweise umkrempeln kann, so kann man doch wenigstens in der Richtung der Forderungen der Gewerkschaften, d. h. auf stärkere Zusammenfassung des verzettelten Arbeitsnachweises, hinarbeiten.

Die Finanzfrage ist kein unlösbares Problem, da schon jetzt die Kosten zu zwei Dritteln aus der Erwerbslosenfürsorge gedeckt werden. Erfreulich ist, daß endlich auch der Städtetag und zum Teil auch die Landgemeinden den gewerkschaftlichen Forderungen beipflichten. Der Arbeitsnachweis muß heraus aus der bürokratischen Tradition und Bevormundung und auf eigene Füße gestellt werden, damit er den sozialpolitischen Bedürfnissen der Gegenwart gerecht werden kann. Von Gemeinden, die die Aufgaben eines Arbeitsnachweises so nebenbei erledigen lassen, und von Landräten, die sich vor dem Armeulegeruch des Arbeitsnachweises fürchten, ist nichts zu erwarten.

## Der Regierungspräsident von Biegnitz unterstützt die Lehrzeitverlängerung.

Die Gewerbeordnung schreibt vor, daß die Lehrzeit der Lehrlinge in der Regel drei Jahre betragen und vier Jahre nicht überschreiten soll. Die Innungen können unter Zustimmung der Gewerkschaften Beschlüsse zur Regelung der Lehrzeit wahren treffen, die aber zur Rechtsgültigkeit die Bestätigung durch die den Handwerkskammern übergeordnete Verwaltungsbehörde brauchen.

Der Bezirksverein Schlesiern in Deutschen Fleischerhandwerk (Meister) beschloß unlängst auf seinem Bezirksstag die Lehrzeit im Fleischerhandwerk auf drei Jahre zu verlängern und führte diesen Beschlus

s sofort durch, ohne irgend welche Genehmigung eingeholt zu haben. Die Bezirksleitung Schlesiern des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgehilfen beantragte Verweigerung der Genehmigung beim Regierungspräsidenten in Biegnitz, worauf sie folgenden Bescheid erhielt:

Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß durch die gesetzlich geregelte achttündige Arbeitszeit sowie durch die Verlegung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts in die Arbeitszeit eine Verkürzung der Ausbildungszeit gegenüber früher eingetreten ist. Die fortwährende Zeit verlangt ferner in allen Berufen — nicht nur im Fleischerhandwerk — eine intensivere Ausbildung als früher.

Aus den angeführten Gründen ist es verständlich, wenn die Handwerksorganisationen die Heraushebung der Lehrzeit um ein halbes Jahr beschlossen haben. Die Ergebnisse der bisherigen Gesellenprüfungen haben jedenfalls die Notwendigkeit der Lehrzeitverlängerung ergeben. Es ist noch zu berücksichtigen, daß die Fleischerlehrlinge fast reiflos beim Meister in Kost und Wohnung sind, daß ein großer Teil der Meister für den Belehrling Kranken-, Invaliden- und Schulgeld bezahlt und dieser somit dem Meister ganz erhebliche Kosten verursacht, ganz abgesehen von dem Schaden, den ein Lehrling dem Meister während der Lehrzeit verursacht. Von billigen Arbeitskräften kann also wohl kaum die Rede sein.

Gegenüber den Gemeinplätzen, die der Regierungspräsident den Innungsmeistern so trefflich nachspricht, sind nur folgende Tatsachen zu unterstreichen:

Im Bezirk Biegnitz werden gerade im Fleischerhandwerk die Poliervorschriften über die Beschränkung der Lehrlingszahl in Handwerksbetrieben überschritten, weil die Fleischermeister die billige Arbeitskraft der Lehrlinge der teureren von Gesellen vorziehen. Von den höheren Kosten, die die Lehrlingsausbildung den Meistern verursacht, merkt man da nichts. Die schlechte Ausbildung der meisten Lehrlinge wird durch die Verlängerung der Lehrzeit nicht verbessert werden, da auch bei der kürzeren Lehrzeit den Lehrlingen das, was sie in der Gesellenprüfung brauchen, notwendig in den letzten sechs Wochen beigebracht wird. Die eigentliche Lehrzeit wird also von den Meistern selbst auf sechs Wochen beschränkt, damit sie die Lehrlinge in der übrigen Zeit um so schamloser ausbeuten können.

## Gegen die Überfremdung Deutschlands mit ausländischen Meistern.

wendet sich die vom Deutschen Meister-Verband herausgegebene Broschüre „Die Ausländerkonkurrenz“, weil von den deutschen Meistern ein sehr hoher Prozentsatz arbeitslos ist. Die Schrift weist nach, daß die ausländischen Meister, die fast 25 Prozent aller deutschen Meisterstellen inne haben, in ihren künstlerischen Leistungen zum größten Teil weit unter dem Niveau der Leistungsfähigkeit der deutschen Meister stehen und durch ihre niedrigen Gehaltsansprüche die Gehälter des Meisterhandwerkes drücken. Während fast im gesamten Ausland die Einreise von ausländischen Meistern hart erzwungen wird, verhalten sich in Deutschland fast alle ausländischen Behörden den berechtigten Wünschen nach einer Einreisebeschränkung ausländischer Meister gegenüber ablehnend und begünstigen zum Teil sogar die ausländischen Kapellen. Der Schutz der Arbeitskraft, der nach der Reichsverfassung jedem Deutschen zusteht, scheint für Meister nicht zu existieren.

# Wirtschaft.

## Inflationsdiktatur.

Während der Markentwertung wurde Deutschland in größtem Ausmaß mit der sogenannten Mehrstimmrechtsaktie beßigt. An den Börsen von sogenannten Vorzugsaktien, die ohne entsprechenden Gegenwert, meistens gegen wertlose Papiermark an die Großaktionäre der Gesellschaften übergingen, knüpfte sich ein mehrfaches oft tausend- und zehntausendfaches Stimmrecht. Zur Zeit der Inflation, als das englische Pfund und der amerikanische Dollar in den Portefeuilles der russischen Aktienbesitzer mit Leichtfertigkeit aufkrämen konnten, hatte die Mehrstimmrechtsaktie einen gewissen Sinn um einer Überforderung der Gesellschaften vorzubeugen. Mit Eintritt der Stabilisierung fiel die Gefahr. Die Mehrstimmrechtsaktie aber blieb und sicherte bestimmten Kreisen in unseren Erwerbsgesellschaften beherrschenden Einfluß, ohne daß sie, ihrem Einfluß entsprechend, finanziell an der Gesellschaft beteiligt sind. Dieser Zustand hat dann auch zu bösen Kompensationen geführt. Am bekanntesten ist wohl der Streit zwischen der Deutschen Bank und dem Berliner Magistrat um die Berliner Hochbahn. Im Grunde genommen ist die Mehrstimmrechtsaktie ein bequemes Mittel geworden, um große Teile der deutschen Wirtschaft dem Machtbereich gewisser Finanz- und Wirtschaftskreise einzuverleiben. Angesichts der Verhältnisse in manchen Gesellschaften kann man von einer gerechten Diktatur auf Grund der Mehrstimmrechtsaktie sprechen, also einer Erscheinung, die tief in der deutschen Währungszerüttung wurzelt.

Das Reichsstatistische Amt hat im Herbst 1925 Erhebungen über das Vorhandensein von Mehrstimmrechtsaktien angestellt. Erfaßt wurden 1596 Gesellschaften (es handelt sich um Gesellschaften, deren Aktien zum Börsenhandel zugelassen sind) mit einem Kapital von 8,3 Milliarden = 56,5 Prozent Aktien mit vorzugsartigem Stimmrecht herausgegeben. Das auf die Vorzugsaktien eingezahlte Kapital machte gerade 2,4 Prozent des Grundkapitals der in Frage kommenden Aktiengesellschaften aus. Auf sie entfielen jedoch 33,2 Prozent der gewährten Stimmen. Die Feststellung beweist die Möglichkeit, eine Gesellschaft auf Grund des Besitzes von Vorzugsaktien zu beherrschen ohne daß eine Kontrolle der Gesellschaft durch wirkliche Kapitaleinlage begründet ist.

Seitdem Deutschland wieder festes Geld hat, war diese Entwicklung den heftigsten Angriffen ausgesetzt. Geändert aber hat sich an den Zuständen, die teilweise mit dem in Deutschland grassierenden Kartellwahn in engstem Zusammenhang stehen und das vielfach sogar erst ermöglichen, so gut wie gar nichts. In der Zeit vom 1. September 1925 bis zum 30. Juni 1926 haben sich nach den Veröffentlichungen im „Reichsanzeiger“ folgende Veränderungen vollzogen: Insgesamt 16 Erwerbsgesellschaften haben das mehrfache Stimmrecht aufgehoben. Von diesen 16 Gesellschaften entfallen 9 auf die Industrie der Grundstoffe und 12 auf die verarbeitende Industrie. Daneben haben 18 Gesellschaften, wovon 3 auf die Industrie der Grundstoffe, 12 auf die verarbeitende Industrie und 3 auf Handel und Verkehr entfallen, das Stimmrecht der Vorzugsaktien herabgesetzt und zwar veränderte sich der Anteil des Vorzugsaktienkapitals von 4,8 Prozent auf 4,8 Prozent und der Anteil der Stimmen von 50,1 auf 35,8 Prozent.

Die letzten Erhebungen des Reichsstatistischen Amtes für den 30. Juni 1926 ergaben nur 1580 Gesellschaften, da sich die Zahl der in Frage kommenden Gesellschaften durch Fusionierung um 15 vermindert hat. Von diesen Gesellschaften haben 836 = 52,9 Prozent heute noch Mehrstimmrechtsaktien und zwar hat sich der Anteil des Vorzugsaktienkapitals an dem gesamten erfaßten Kapital von 2,4 Prozent am 1. September 1925 nur auf 2,3 Prozent gelockert. Auch die Vorzugsstimmen sind nur von 33,2 auf 35,8 Prozent zurückgegangen. Jedenfalls ergeben diese Feststellungen die Notwendigkeit zu einer gründlichen Revision auf dem Gebiet des Aktienrechts.

## Leichte Steigerung der westfälischen Steinkohlenförderung in der dritten Juliwocde.

In der am 18. Juli abgelaufenen Berichtswocde wies die Steinkohlenförderung West-Obereschlesiens eine erneute Steigerung auf. Sie belief sich auf arbeitsmäßig 59 247 To. (57 415 To.), bezw. auf insgesamt 355 483 To. (344 487 To.). Der Eigenverbrauch der Gruben einschließlich Deputatkohlenlieferungen an die Belegschaften stellte sich auf 14 154 To. (14 412 To.). Beim Absatz fällt auf, daß der Auslandsvertrieb gegenüber der Vorwocde wieder beträchtlich zurückgegangen ist; er stellte sich nur auf 69 130 To. (86 286 To.). Dagegen wies die Ablieferungen innerhalb der Provinz Oberschlesien eine Steigerung auf 90 457 To. (81 499 To.) und nach dem übrigen Deutschland auf 200 918 To. (194 218 To.) auf. Die Bezüge in Reichsbahn-Dienstlohlen stiegen innerhalb des Reviers auf 8812 To. (8011 To.) und nach dem übrigen Deutschland auf 32 480 To. (28 994 To.). Der Gesamtabsatz ohne Selbstverbrauch und Deputate bezifferte sich auf 360 505 To. (362 003 To.), wovon mit der Hauptbahn 316 804 To. (319 493 To.) und auf dem Wasserwege über die Oberhufen 39 553 To. (38 245 To.) verladen wurden. Die rückläufige Entwicklung der Haldbestände hielt auch in der Berichtswocde an. Sie stellten sich am 18. Juli auf 48 839 To. (68 015 To.), während sich die Kohlenbestände weiterhin auf 177 986 To. (176 641 To.) erhöhten. Angefordert und gestellt wurden arbeitsmäßig 5730 (5795) bezw. insgesamt 34 377 (34 771) Wagen.

## Die bayrische Landesbauernkammer gegen die Preispolitik der Handwerksinnungen.

Die Bayrische Landesbauernkammer wendet sich in einer Denkschrift an die Bayrische Staatsregierung gegen die „Preispreise“ der Innungen des Handwerks. Die Landesbauernkammer hat eingehende Erhebungen über die Höhe der derzeitigen Handwerkspreise im Vergleich zum Frieden vor allem im Schmiedewagner- und Sattlerhandwerk, angestellt. Hiernach machen die Handwerkspreise im Durchschnitt ungefähr das Doppelte, in einzelnen Fällen sogar das Dreifache und Vierfache der Friedenspreise aus. Selbst wenn man die höheren Preise für Rohmaterialien, Brennstoffe, Arbeitslöhne und die erhöhten Steuern und sonstigen Lasten berücksichtigt, erscheinen die Preisforderungen in vielen Fällen doch nicht mehr gerechtfertigt. Es ergaben sich unter anderem folgende Preise für das Jahr 1925 (verglichen mit 1914) für gewisse Arbeitsleistungen: ein altes Pferdeisen aufschlagen 30 bis 50 Pf. (10 bis 25 Pf.), ein Fußschlag (vier Eisen mit Griff und Stollen) 18,80 Mark (8 Mark), ein neues Rad 22 bis 25 Mark (12 bis 13 Mark), eine Deichsel 8,50 bis 10 Mark (3 bis 4,50 Mark), ein Schauffelteil 50 Pf. bis 1 Mark (20 bis 70 Pf.), ein Ackerpferdegeschirr 260 bis 270 Mark (120 bis 140 Mark). Es wird darauf hingewiesen, daß die einzelnen Handwerker sehr häufig erklären, sie könnten billiger arbeiten, aber sie dürfen nicht, weil die Innungen ihnen die Preise vorschreiben.

## Die „Eigenhilfe“.

Die „Eigenhilfe“. Feuer- und Sachversicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg, hat ihren Betrieb eröffnet. Wenn die Erhaltung keiner Feuer erworbenen Habe am Herzen liegt, wer sich gegen ein plötzliches hereinbrechendes Unglück schützen will, der verschlere sich leichtest bei der „Eigenhilfe“ und löge gleichzeitg dafür, daß diese überall Eingang findet. Bei billiger Prämienrechnung werden sämtliche Versicherungen gegen Feuer, Einbruchdiebstahl usw. übernommen. Im Schadensfalle wird eine instante Regulierung zugelegt. Anfragen sind zu richten an die örtlichen Vermittlungsstellen, das heißt die Geschäftsstellen der Konsumvereine und der Volkshilfe.

